

Mit ganzer Kraft für unser Land.

Zukunftsfähig aus Tradition.

Sachsen-Anhalt gibt Wissenschaft und Forschung attraktive Perspektiven.

Die Blicke der Welt auf Sachsen-Anhalt ziehen.

Stadtumbau Ost wird zur Internationalen Bauausstellung.

Von kleinen Rennfahrern und Globetrottern.

Sachsen-Anhalt macht die Grundschule zukunftsfähig.

Sachsen-Anhalt

SPD

C 02 - 00472

Inhalt.

Viel Arbeit für Arbeit in Sachsen-Anhalt.	3
Kämpfen lohnt sich.	4
Eine Woche auf den Fersen von Reinhard Höppner.	
Mit Blaulicht vor Ort.	6
Ein paar Stunden in einem Streifenwagen.	
Junge Straftäter vor krimineller Karriere bewahren.	7
Jugendkommissariate Sachsen-Anhalts machen auch andernorts Schule.	
Schlichten statt Richten.	8
Schiedsgesetz schafft Frieden unter Nachbarn und entlastet die Gerichte.	
Zukunftsfähig aus Tradition.	9
Sachsen-Anhalt gibt Wissenschaft und Forschung attraktive Perspektiven.	
Chemie – Branche mit Tradition und Zukunft.	10
Interview mit Wirtschaftsministerin Katrin Budde zum Chemiedialog.	
„Der Brocken darf kein Hexentanzplatz werden.“	12
Um den Nationalpark Hochharz ist es wieder ruhig geworden.	
Eigeninitiative zieht.	13
Wie Jugendliche in Alberstedt zu einem Klub kamen.	
Die Blicke der Welt auf Sachsen-Anhalt ziehen.	14
Stadtumbau Ost wird zur Internationalen Bauausstellung.	
Theatermacher mit Leib und Seele.	16
Peter Sodann, nt-Intendant und Tatort-Kommissar.	
Die Kinder im Land sind gut aufgehoben.	18
Krippen und Kindergärten helfen Kindern, die Welt zu entdecken.	
Mitarbeiter in Reformpaket einbezogen.	20
Vereinbarung zwischen Landesregierung und Gewerkschaften.	
Starke Frauen für unser Land.	21
Politik ist in Sachsen-Anhalt keine Männersache mehr.	
Der Burgvoigt von Wanzleben.	22
Wissenschaftler und Unternehmer kehrt nach Jahrzehnten in die sachsen-anhaltische Heimat zurück.	
Von kleinen Rennfahrern und Globetrottern.	24
Sachsen-Anhalt macht die Grundschule zukunftsfähig.	
Artgerechte Tierhaltung in Sachsen-Anhalt.	26
Auch traditionelle Bauern haben „gläserne Produktion“.	
Blauer Himmel über Bernburg.	27
A 14 entlastet Städte.	
Perspektiven für Sachsen-Anhalt 2002–2006.	28
Unser Land ist auf einem guten Weg.	

C 02 - 00472

Impressum:
Herausgeber: SPD Landesverband Sachsen-Anhalt,
Bürgerstraße 1, 39104 Magdeburg
Verantwortlich: Susi Möbbeck
Redaktion: Matthias Gräner, Jörn Rößler
Konzept und Gestaltung: AZ Journalistenbüro,
Magdeburg; KNSK Werbeagentur, Hamburg
Fotonachweis: AZ Journalistenbüro, U. Lücke
Druck: Meiling-Druck, Haldensleben

Viel Arbeit für Arbeit in Sachsen-Anhalt.

Wochenlang harte Arbeit, überwiegend hinter den Kulissen. Dann war es geschafft. Mit tatkräftiger Unterstützung von Bundeskanzler Gerhard Schröder hat Ministerpräsident Reinhard Höppner den Waggonbau in Halle-Ammendorf gesichert. Die Waggonbauer jubelten dem Kanzler und dem Ministerpräsidenten begeistert zu, als diese in Ammendorf die Rettung des Standortes verkündeten. Viel Kritik hatte Höppner in den Wochen und Monaten zuvor einstecken müssen. Er tue nichts für Ammendorf, wurde ihm immer wieder vorgeworfen, er setze sich nicht genügend ein. Vorwürfe, die aus der Luft gegriffen waren. Vielmehr war es Reinhard Höppner, der dafür gesorgt hatte, dass eine Arbeitsgruppe aus Landespolitik, Konzernspitze, Betriebsrat und Gewerkschaft über Möglichkeiten und Konzepte zur Rettung des Standortes verhandelte. Parallel dazu ging der Ministerpräsident in der Bundeshauptstadt Klinken putzen, um auch dort für Unterstützung zu werben. Er trug seine Bemühungen aber nicht wie eine Fahne vor sich her. Öffentliche Schlammschlachten sind nicht seine Sache. „Ich setze lieber auf die Kraft der Argumente“, sagt er und weiß zugleich, dass die Argumente umso zugkräftiger sind, je mehr sie in direkten Verhandlungen anstatt in öffentlichen Medienschlachten vorgetragen werden. „Ich weiß, dass mir manche auch in der eigenen Partei das als Schwäche auslegen“, fährt er fort. Aber in diesem Punkt müsse seine Partei ihn eben nehmen, wie er sei. „Ich bin nicht in die Politik gegangen, um mich verbiegen zu lassen.“

Die SPD Sachsen-Anhalts weiß, was sie an ihrem Ministerpräsidenten hat. Erneut zieht sie mit Höppner als unumstrittenem Spitzenkandidaten in die Landtagswahl am 21. April. Die vergangenen Jahre unter Höppner als Ministerpräsidenten haben das Land deutlich vorangebracht. Sachsen-Anhalt ist alles andere als ein Land der Roten Laternen. „Es gibt Kennziffern, die sind richtig gut“, betont Höppner, „und es gibt Kennziffern, die sind derzeit noch nicht so gut.“ Unterm Strich kommt für Sachsen-Anhalt ein guter Mittelplatz unter den neuen Ländern heraus. Höppner ist das nicht genug: „Sachsen-Anhalt muss weiter nach vorn kommen, und das wird in den kommenden Jahren auch



Durch sein gutes Verhältnis zu Bundeskanzler Gerhard Schröder (links) konnte Ministerpräsident Reinhard Höppner vieles für Sachsen-Anhalt bewirken.

geschehen.“ Dafür wird auch Höppner jederzeit wieder auf ebenso zähe wie diskrete Verhandlungen setzen, die umso erfolgversprechender sind, je konsequenter sie hinter verschlossenen Türen geführt werden. So

ist er eben, unser Ministerpräsident, und so ist er eben auch – wie im Falle Ammendorf – im Dienste seines Landes erfolgreich.



Aus Sicht von Bundeskanzler Gerhard Schröder kann sich Sachsen-Anhalt keinen besseren Regierungschef wünschen als Reinhard Höppner. „Er ist nicht der große Schreihals, aber er setzt sich auch beim Bund mit einer unglaublichen Beharrlichkeit und Hartnäckigkeit für die Interessen Sachsen-Anhalts ein und erreicht damit häufig in aller Stille mehr, als würde er ständig auf die Pauke hauen“, beschreibt der Kanzler seinen Parteifreund. Zudem, so Schröder, ist es Höppner gewesen, der den schon auf der Kippe stehenden Solidarpakt II mit seiner Beharrlichkeit unter Dach und Fach gebracht hat. „Damit hat Höppner dafür gesorgt, dass bis zum Jahr 2019 157 Milliarden Euro in den Aufbau Ost gesteckt werden und dass die neuen Länder damit Planungssicherheit für ihre Investitionen haben.“ Während Höppner den Solidarpakt II durch seine Verhandlungsfähigkeit geschnürt hat, war es der heutige Kanzlerkandidat der Union, Edmund Stoiber, der als bayerischer Ministerpräsident die Solidaritätsschatulle für die neuen Länder dicht machen wollte und gegen den Länderfinanzausgleich vor das Bundesverfassungsgericht zog. So viel zur Chefsache Aufbau Ost des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten.

Kämpfen lohnt sich.



Amtsinhaber Reinhard Höppner ist erneut der Kandidat der SPD für das Amt des Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt. Was aber macht ein Ministerpräsident? Die Redaktion hat sich dem Regierungschef eine Woche lang an die Fersen geheftet, ihm auf die Finger geschaut und dabei mit ihm über Gott und die Welt, über Familie und nicht zuletzt über Politik geplaudert.

Sonntag, 27. Januar. Im Kalender steht eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus. Diese Veranstaltung muss Höppner ausfallen lassen. Ganz kurzfristig ist er in Berlin gefragt. Telefonisch wurde er ins Bundeskanzleramt gebeten. Gespräch mit Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem Bombardier-Vorstand. In diesem Gespräch wird der Knoten durchgeschlagen, das Waggonbauwerk Halle-Ammendorf ist gerettet! Die Medien überschlagen sich, genau kann Höppner am Abend nicht mehr sagen, wie viele Interviews er an diesem Tag gegeben hat. Die Rede zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus wird dennoch gehalten, statt vom Regierungschef eben von Gattin Renate. Aber die schläft bereits, als Höppner um 0.30 Uhr nach Hause kommt.

Montag, 28. Januar. Früh am Morgen wartet schon der Dienstwagen vor der Haustür. Ab

geht's nach Halle, zu den Waggonbauern. Mit den guten Nachrichten, die er gemeinsam mit Kanzler Schröder überbringt, sorgt Höppner dafür, dass das Mahnfeuer vor dem Werkstor gelöscht wird. Die beiden Politiker werden frenetisch gefeiert. „Und wir dachten immer, der setzt sich nicht für uns ein“, sagt eine Mitarbeiterin unter Tränen. „Das mache ich schon“, sagt Höppner, „aber ich mache es eben nicht in den Schlagzeilen, sondern dort, wo es wirklich wirkt.“ Effektive Verhandlungen, ergänzt er, benötigen bisweilen Diskretion. Dann klingelt wieder das Autotelefon, Höppner telefoniert. Mit Ministern seines Kabinetts, dann mit einem Wirtschaftsfachmann, der sich um neue Ansiedlungen in Ammendorf kümmern will. „Ohne die Autofahrten“, sagt er, „wüsste ich gar nicht, wann ich meine ganzen Telefonate abarbeiten sollte.“

Gerade in dem Moment, in dem der Ministerpräsident in Quedlinburg ankommt, ist die Telefonliste abgearbeitet. Höppner hat wieder den Kopf frei, schaltet von einer Sekunde auf die andere um. Jetzt geht es um Menschen, die sich für gemeinnützige Zwecke einsetzen. Ohne Entgelt, nur mit dem Sinn für die Gemeinschaft. „Das kann ich gut nachvollziehen“, sagt Höppner, der bis zur Ministerpräsidentenwahl im Som-

mer 1994 selbst ehrenamtlich in der Kirche tätig war. Als Präsident des Kirchenparlamentes war er der höchste Laienvertreter in der evangelischen Kirche des Landes. Abends geht es wieder ins Kanzleramt. Das Thema Zuwanderung steht auf der Agenda. Auch heute ist die Beratung so früh zu Ende, dass Höppner noch nach Hause fahren kann. Die Familie ist ihm wichtig. „Das ist der Ruhepol in meinem Leben“, sagt Höppner, „das ist der Kreis, in dem ich meinen Akku auflade.“ Wenn die Termine in der Hauptstadt sich so weit in den Abend hineinziehen, dass sich die Rückfahrt nicht mehr lohnt, dann übernachtet der Ministerpräsident in der Berliner Studentenbude von Tochter Ulrike.

Dienstag, 29. Januar. Morgens Lagebesprechung im Kreis der engsten Mitarbeiter. Es folgt die Kabinettsitzung. Themen der Sitzung: Neubau der Hochschule Harz in Halberstadt, Vorbereitung der kommenden Bundesratssitzung, Entwicklung der Infrastruktur in Sachsen-Anhalt. Mittags geht es nach Halle. Dort bringt Höppner mit Staatsminister Nida-Rümelin die Bundeskulturstiftung auf den Weg, abends trifft er sich mit den Kabinettsmitgliedern zu einer weiteren Beratung.



Ministerpräsident Reinhard Höppner und Bundeskanzler Gerhard Schröder wurden für ihre erfolgreichen Bemühungen zur Rettung des Waggonbaustandortes Halle-Ammendorf von der Belegschaft gefeiert. Kämpfen lohnt sich.

Warum lädt man sich so viel Stress auf? Warum ist er nicht einfach Lektor geblieben und sinnt als promovierter Mathematiker im Studierstübchen weiterhin über die Quadratur des Kreises nach, die schließlich immer noch nicht gelöst ist? „Ich bin in diesem Land geboren, und ich fühle mich diesem Land und seinen Bürgern ungemein verbunden“, sagt Höppner und saugt nachdenklich an seiner Pfeife. „Ich möchte dazu beitragen, dass das Land und seine Menschen vorankommen.“ Ob er auch in einem anderen Land in die Politik gegangen wäre? „Nein“, kommt die spontane Antwort. „Das kann ich mir nicht vorstellen.“

Mittwoch, 30. Januar. Morgens erneut Lagebesprechung, dann folgt die Fahrt nach Dessau. Höppner hat den ZDF-Intendanten Dieter Stolte in die Stadt eingeladen, nachdem ein ZDF-Bericht die Stadt an den rechten Rand gerückt hatte. „Da gehört diese Stadt überhaupt nicht hin“, sagt Höppner. „Hier haben drei Rechtsextremisten den Schwarzafrikaner Alberto Adriano brutal erschlagen, aber deshalb darf man doch nicht die ganze Stadt verurteilen.“ Höppner will, dass die ganze Vielfalt Dessaus in den Blick kommt. Gemeinsam mit Stolte besucht er die Gedenkstätte für Adriano, Theater, Fachhochschule, Bauhaus und schließlich auch das Multikulturelle Zentrum. Das Gastgeschenk, das er dort erhält, freut den Christen Höppner besonders. Es ist eine kunstvoll ausgestattete Koran-Ausgabe. „Ich kann das zwar nicht lesen, weil ich des Arabischen nicht mächtig bin“, sagt er. „Aber ich weiß zumindest, dass man dieses wunderschöne Buch ebenso wie hebräische Schriften von hinten nach vorn liest.“

Donnerstag, 31. Januar. Nach der Lagebesprechung widmet sich Höppner den Akten, die in den vergangenen Tagen liegen geblieben sind. Mittags folgt in Leuna ein Arbeitsessen mit dem Vertreter einer US-amerikanischen Firma, die im Chemiedreieck investieren will. Eine geplante Fahrt nach Berlin sagt Höppner ab. Das Treffen der SPD-Ministerpräsidenten, so meint er, kann auch ohne ihn stattfinden. Die Tagesordnung ist nicht so wichtig, es wartet noch ein Gesprächspartner in Magdeburg. Das Gäste-

bett bei Tochter Ulrike bleibt auch heute Abend verwaist.

Freitag, 1. Februar, Fast mitten in der Nacht ist Höppner schon wieder auf den Beinen. Um 6.50 Uhr gibt er dem Deutschlandfunk ein Interview zur Lage in Ostdeutschland. Es gibt viele Probleme, Höppner äußert sich dennoch optimistisch. Die meisten Zahlen, so sagt er, weisen deutlich in Richtung Besserung. Vormittags hat sich ein Journalist zum Gespräch über den Wahlkampf ange-sagt. Am Mittag leitet Höppner eine hochkarätig besetzte Konferenz von Wirtschafts- und Bankenvertretern und Gästen aus der Schweiz zu den neuen Eigenkapitalregeln für den geschäftlichen Kreditverkehr. Er weist darauf, dass diese Planungen insbesondere für mittelständische Unternehmen in Ostdeutschland Probleme bringen könnten. Am Nachmittag folgen eine Pressekonferenz und mehrere Interviews, am Abend Gespräche mit engen Mitarbeitern. Selbst die Geister haben sich schon wieder schlafen gelegt, als Höppner vor seiner Haustür ankommt.

Sonnabend, 2. Februar. Ein eher ruhiger Tag. Ministerpräsident Höppner empfängt Abordnungen der Karnevalsvereine aus Sach-



sen-Anhalt. Seine Rede ist launig, die Berufsnarren des Landes entsprechend fröhlich. Am Nachmittag stehen zwei Stunden im heimischen Arbeitszimmer an. Am Laptop arbeitet Höppner an einer Rede zur Entwicklung der heimischen Landwirtschaft, die er wenige Tage später halten muss.

Sonntag, 3. Februar. Fast ein freier Tag für den Regierungschef. Einer von wenigen im Jahr. Wäre da nicht am Abend das Benefizkonzert zu Gunsten eines jungen Ukrainers, der in Magdeburg erfolgreich am Herzen operiert worden ist. In seiner Heimat wäre eine solche Operation nicht möglich gewesen, hier hätte er sie aus eigenen Mitteln nicht finanzieren können. Höppner genießt das Konzert. „Auch wenn ich nicht Ministerpräsident wäre, wäre ich hergekommen“, sagt er.

Vor der Haustür des Ministerpräsidenten verabschiedet sich ein völlig übermüdeten Redakteur. Die Sicherheitscrew des Landeskriminalamtes, die den Ministerpräsidenten auf seinen Dienstfahrten und -gängen auf Schritt und Tritt begleiten muss, hatte es einfacher. Sie hat im Laufe dieser Woche mehrfach gewechselt. „Die müssen, so schreibt es das Gesetz vor, zwischen den Einsätzen mindestens acht Stunden Ruhe und Schlafpause haben“, erklärt Höppner. „Ein Ministerpräsident holt den Schlaf nach der Pensionierung nach.“

Auch Dietmar Kerntke aus Günthersdorf im Landkreis Merseburg-Querfurt gehört zu den elf Menschen aus dem ganzen Land, die von Ministerpräsident Reinhard Höppner für ihr besonderes ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet wurden. Der 66-Jährige ist seit Jahrzehnten ehrenamtlich in der Kommunalpolitik tätig, setzt sich für den Natur- und Umweltschutz ein und ist überdies im Ehrenamt auch Chorleiter, Ortschronist und Bibliothekar seiner Gemeinde. Zudem ist er im Vorstand des Karnevals- und Heimatvereins aktiv.

Ein paar Stunden in einem Streifenwagen.

Mit Blaulicht vor Ort.

6 Ortstermin Magdeburg, Polizeirevier Mitte. Es ist 14.30 Uhr – über Funk werden Sturmschäden an einem Wohnhaus gemeldet. Die Polizeihauptmeister Lutz Gielow und Holger Hirschfeld setzen sich in den Streifenwagen und schalten Blaulicht ein. „Wir wissen nicht, ob es Personenschäden gibt. Wir müssen die Gefahrenstelle schnell absichern, damit nicht noch jemand von herumfliegenden Steinen getroffen wird.“ Nach sieben Minuten sind sie vor Ort. Eine Orkanböe hat die Ziegel des Mehrfamilienhauses heruntergerissen. Im Dachstuhl klaffen große Löcher. Eine 80-jährige Bewohnerin steht verängstigt auf der Straße. Zum Glück ist niemand verletzt. Mit einem rotweißen Kunststoffband sperrt Hirschfeld das Haus großflächig ab, bestellt telefonisch einen Dachdecker. Als der einschätzt, dass das Dach bis zum Abend geflickt sei, sagt Gielow: „Dann ist unsere Arbeit getan.“

Sein Kollege hört über Funk, dass in einem Einkaufszentrum Falschgeld aufgetaucht sei. Der Besitzer der vermeintlichen „Blüten“ wurde vom privaten Sicherheitsdienst festgenommen. Auf einem 100-Mark-Schein fehlt das Hologramm. Die Fälschung muss jetzt ein Spezialist untersuchen. Seit der Einführung des Euro sei häufiger Falschgeld in Magdeburg aufgetaucht, erzählt



Die Absicherung von Gefahrenstellen gehört zu den Aufgaben der Polizisten im Streifendienst.



Nicht immer haben die Beamten der Polizei in Sachsen-Anhalt ruhige Tage.

Gielow. Immer habe es sich um D-Mark-Kopien gehandelt. Euro-Scheine seien fälschungssicherer. Der Besitzer des Scheines ohne Hologramm hatte auch große Mengen Dollar und Euro bei sich. Jeder einzelne Schein muss jetzt untersucht werden. Das wird Stunden dauern. So lange wird der Besitzer des Geldes auf dem Revier zubringen müssen.

Gielow und Hirschfeld fahren wieder Streife. Seit Anfang des Jahres arbeiten die Polizisten schwerpunktorientiert. Der größere Teil der Kollegen konzentriert sich auf bestimmte Einsätze wie Ladendiebstähle, Raub, PKW-Einbrüche oder Rauschgiftdelikte. „Die Kollegen können sich auf einem Gebiet spezialisieren, das ihnen am meisten liegt“, erklärt Gielow. Dadurch steige die Effizienz. Schwerpunkteinsätze halten die Beamten aber nicht davon ab, zufällig entdeckten Ordnungswidrigkeiten nachzugehen. An einem Supermarkt bemerkt Gielow eine Autofahrerin, die beim Linksabbiegen die Sperrlinie überfahren hat. Gielow belässt es beim Gespräch. Ob eine so genannte mündliche Verwarnung mit oder ohne Verwarngeld ausgesprochen wird, können die Beamten bei geringfügigen Verstößen im Bereich bis 30 Euro Verwarngeld selbst entscheiden. „Generell sollte überlegt werden, womit der größte Lerneffekt erzielt

werden kann. Bei der Frau genügte eine Belehrung.“

Inzwischen ist es 17.00 Uhr – Dienstschluss. „Ein ruhiger Tag“, sagt Gielow. Das ist nicht immer so. Manchmal häufen sich in wenigen Minuten Verkehrsunfälle oder Ladendiebstähle. In letzter Zeit gab es kaum freie Wochenenden. Großveranstaltungen oder Demonstrationen von rechten und linken Jugendlichen mit hohem Gewaltpotenzial erforderten jeweils Großeinsätze der Polizei.

Im Allgemeinen aber seien in Sachsen-Anhalt Ladendiebstähle, Raub und Körperverletzung das Hauptproblem. Schlimmere Delikte gebe es zum Glück kaum. „Wir sind dennoch personell und technisch gut ausgestattet“, sagt Gielow und verrät zum Schluss seine Berufsphilosophie: „Mit guter Laune kann man Straftäter oft davon überzeugen, dass sie einen Fehler gemacht haben. Und wenn sie nicht ihre Tat als Fehler einsehen, dann doch zumindest die Tatsache, dass sie sich haben erwischen lassen.“



Auch jeder einzelne Euro-Schein eines mutmaßlichen Falschgeldbesitzers muss von den Spezialisten der Polizei geprüft werden.

Junge Straftäter vor krimineller Karriere bewahren.

In den Jugendkommissariaten der Polizei arbeiten Beamte und Sozialarbeiter erfolgreich zusammen.

Yvonne war 17, als sie wegen Körperverletzung festgenommen wurde. Das Mädchen hatte bis dahin die Freizeit meist in der Clique verbracht. Da brachten nur moderne Klamotten und gutes Aussehen Anerkennung. Um an Geld heranzukommen, klauten, raubten und prügelten die Mädchen aus der Clique. Nach der Vernehmung durch die Polizei hatte Yvonne ein Beratungsgespräch mit Sozialarbeitern zunächst abgelehnt. Kurze Zeit später wollte sie allerdings den Schaden bei ihrem Opfer wieder gutmachen. Die Jugendberatung bei der Polizei (JUBP) nahm erneut Kontakt zu Yvonne auf. Langsam taute das Mädchen auf, begann zu erzählen. Ihre Eltern hatten Alkoholprobleme und Beziehungskonflikte. Für die Tochter war „keine Zeit“. Nach einigen Wochen gelang es den Sozialarbeitern, ein Gespräch zwischen Yvonne und ihren Eltern zu vermitteln. Gleichzeitig konnten die Eltern von Angeboten zum Alkoholkonsum überzeugt werden. Yvonne begann, sich in der Schule zu verbessern. Allmählich löste sie sich von ihrer Clique.

Sachsen-Anhalt war das erste Bundesland, in dem Polizisten und Sozialarbeiter gemeinsam und erfolgreich versuchten, einen weiteren kriminellen Weg von Jungtätern zu blockieren. Kurz nach der Wende zeigten die Statistiken etwa der Polizeidirektion Magdeburg alarmierende Zahlen. Fast 40 Prozent aller Delikte wurden von Kindern und Jugendlichen unter 21 Jahren begangen – vor allem Straßenkriminalität, Gewaltstraftaten, räuberische Erpressung, Ladendiebstähle und Drogendelikte. „Uns war klar, dass wir etwas tun müssen“, sagt Uwe Köppe, Beauftragter für Jugendsachen in der Polizeidirektion Magdeburg, rückblickend.

Ausgangspunkt war die Erkenntnis, dass Kinder und Jugendliche anders als Erwachsene auf eigene Straftaten reagieren. Viele Jungtäter seien sich nicht bewusst, etwas Kriminelles getan zu haben. Häufig entschuldigen sie sich mit den Worten: „Das machen doch alle.“ Zudem befinden sich Jungtäter oft selbst in einer Krise. So üben

Kinder, die im Elternhaus geschlagen werden, auch auf der Straße häufig Gewalt aus. „Diese jungen Menschen einfach wegzuschließen, ist keine Lösung“, sagt Köppe. Die Ursachen für die Straftaten würden dadurch nicht beseitigt.

An diesem Punkt setzen die Sozialarbeiter an. Noch am Tag der Vernehmung durch die Polizei nehmen Mitarbeiter der JUBP Kontakt zu den Jugendlichen auf. Das Gespräch ist immer freiwillig. „Allen Jugendlichen wird nach der polizeilichen Vernehmung das Beratungs- und Begleitangebot der JUBP gemacht. Seit mehreren Jahren nehmen über 98 Prozent das Angebot an“, sagt Sozialarbeiter Rainer Bode. Für das Vertrauen ist wichtig, dass zwischen Polizisten und Sozialpädagogen keine Informationen ausgetauscht werden. „Wir erfahren von der Polizei nur den Namen des Jugendlichen, den Tatvorwurf und wann die Vernehmung ist“, erklärt Bode. „Umgekehrt bleiben alle Gespräche zwischen dem Jugendlichen und uns Sozialpädagogen vertraulich.“

In den Beratungsgesprächen werden zuerst die Ursachen für das Fehlverhalten analysiert. Wenn die Jugendlichen dann über ihre Straftat erzählen, werden sie auch mit ihrem Fehlverhalten konfrontiert. „Es geht nicht um Selbstentschuldigung“, sagt Bode. Zeigt sich, dass die jungen Straftäter unter Konflikten, z. B. im Elternhaus oder in der Schule, leiden, wird Hilfe angeboten – die Vermittlung eines gemeinsamen Gesprächs mit den Eltern, Unterstützung bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Vom Jugendkommissariat und der JUBP wird das in Magdeburg seit zehn Jahren bestehende Verfahren als Erfolg gewertet. Rund 80 Prozent der Jungtäter, die 2001 sozialpädagogisch betreut wurden, sind Bode zufolge bisher nicht wieder straffällig geworden.

Übrigens: Der Erfolg von JUKO und JUBP macht Schule: Es gibt bereits fünf weitere Bundesländer, die sich Sozialarbeiter in die Polizeireviere geholt haben.



Innere Sicherheit in guten Händen.

Gleich nach seinem Amtsantritt im Jahr 1994 hat sich Innenminister Manfred Püchel daran gemacht, die Polizei Sachsen-Anhalts neu zu strukturieren und die Beamten von vielen reinen Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Der Erfolg spricht für sich. „Seit 1995 geht die Zahl der Straftaten kontinuierlich zurück“, ist Püchel zufrieden. „Gleichzeitig steigt die Zahl der aufgeklärten Straftaten deutlich.“ Im Jahr 2001 hat die Polizei in Sachsen-Anhalt 236.029 Straftaten erfasst. Das waren 11.015 Delikte oder 4,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Gegenüber dem Jahr 1995 ist die Zahl der Straftaten damit sogar um 83.636 zurückgegangen. Auch die Häufigkeitszahl – das ist die Zahl der Straftaten je 100.000 Einwohner – ist zwischen 1995 und 2001 kontinuierlich zurückgegangen. Im Jahr 1995 gab es noch 11.585 Straftaten auf 100.000 Einwohner, im Jahr 2001 waren es nur noch 9.025. Das ist nach Ansicht Püchels besonders bemerkenswert, weil die Zahl der Einwohner Sachsen-Anhalts sinkt. „Besonders freut mich der kontinuierliche Anstieg der Aufklärungsquote“, sagt Minister Püchel. Wurden im Jahr 1995 noch 35,8 Prozent aller registrierten Straftaten aufgeklärt, waren es im Jahr 2001 55,2 Prozent. „Straftaten lohnen sich in Sachsen-Anhalt immer weniger“, sagt Minister Püchel. „Die innere Sicherheit ist bei unserer Landesregierung in guten Händen.“

Schlichten statt Richten.



Joachim Gülland.

„Des einen Freud ist des anderen Leid“, sagt ein altes Sprichwort, das, je nach dem jeweiligen Standort, vor allem an Nachbars Gartenzaun immer wieder seine Gültigkeit beweist. Um die Amtsgerichte von Prozesslawinen durch säumige Kleinschuldner, streitsüchtige Nachbarn oder andere eher „harmlose“ Fälle zu entlasten, gibt es in Sachsen-Anhalt das Schiedsstellengesetz. Dieses Gesetz schreibt in einer Vielzahl von Streitfällen den Gang zum Schieds- anstatt zum Amtsgericht zwingend vor.

Bei Margit P. aus Jessnitz war der Stein des Anstoßes eine Birne. Genauer die 15-Watt-Glühbirne am Eingang des Nachbargrundstückes, die tagaus, tagein in ihr Schlafzimmerfenster leuchtete. „Zu hell, eine dunklere Birne muss her“, meinte Frau P. „Geht nicht, die hat doch nur 15 Watt“, lautete die Antwort des Nachbarn, „und unter 250 Euro ist eine sanftere Lösung nicht zu haben.“ Die Hälfte der Elektrikerkosten tragen, das wollte Nachbarin P. jedoch auch nicht.

Aber vor Gericht ziehen. „Dem kam ihr Nachbar zuvor, indem er sich an mich wandte“, erzählt Dietrich Schille, der von Jessnitz aus ein Schiedsgericht für die umliegenden Gemeinden leitet. Eine Ladung beider Parteien zum Gespräch, ein Ortstermin des

Schiedsmannes und ein paar gute Worte später war die Angelegenheit vom Tisch: „Ich konnte Frau P. davon überzeugen, dass die Glühbirne wohl doch kein so großes Übel ist. Schließlich war es ihr selbst ja zu teuer, sich an den Kosten zu beteiligen.“

Anstatt ein eigenes Aktenzeichen bei Anwälten und Gerichten füllt diese Streitsache nur eine Seite in Schilles Protokollbuch. Und statt der hohen Summen, die schon bei so kleinen Streitigkeiten an Anwalts- und Gerichtskosten fällig werden können, belaufen sich die Kosten für dieses Schiedsverfahren auf gerade einmal 51,11 Euro.

„Seit Juli 2001 werden derartige Fälle von keinem Gericht in Sachsen-Anhalt mehr angenommen. Es sei denn, sie sind vor einem Schiedsgericht eindeutig gescheitert“, erklärt Joachim Gülland, stellvertretender Landesvorsitzender im Verein der Schiedsleute. „Wird eine Einigung erzielt, bekräftigen beide Parteien das mit ihrer Unterschrift, dann liegt ein vollstreckbarer Titel vor. Wenn keine Einigung möglich ist, dann geht die Sache im Zweifel doch vors Amtsgericht.“ Was in der Vergangenheit bei mehr als 60 Prozent der Fälle jedoch nicht mehr nötig war. „Prinzipiell kann jede



Dietrich Schille.



Der Streit über den Gartenzaun hinweg wird jetzt vor Schiedsgerichten ausgetragen. Damit werden die ordentlichen Gerichte deutlich entlastet.

Streitigkeit vor einem Schiedsgericht ausgetragen werden“, fährt Gülland fort, „unabhängig von der Höhe des Streitwertes.“ Anders sieht es bei den kleinen, den nun „obligatorischen“ Fällen aus, den Glühbirnen- und Gartenzaun-Fällen. Nachbarschaftsrechtliche Streitigkeiten müssen nun zum Schiedsgericht, Verleumdungen, Beleidigungen und andere Ehrenschutzklagen ebenso, auch Vermögensstreitigkeiten bis zu einer streitigen Summe in Höhe von 766,90 Euro.

„Neben der Entlastung der Gerichte kommt noch ein entscheidender Vorteil des Schiedsgerichtes hinzu, die Einigung nämlich“, sagt Gülland. Ein Gericht entscheide fast immer zu Gunsten des einen und zu Ungunsten des anderen, dadurch eskaliere der Streit oft zusätzlich, ziehe Gegenklagen nach sich und lasse die Fronten nur noch mehr verhärten. „Denn eins sollte gerade bei Nachbarschaftsstreitigkeiten niemals vergessen werden“, weiß der Schiedsmann: „das, auch wenn ein Urteil gefällt worden ist, der Nachbar Nachbar bleibt.“

Zukunftsfähig aus Tradition.



Das Land Sachsen-Anhalt hat als Standort von Wissenschaft und Forschung nicht nur eine lange zurückreichende Tradition. In den vergangenen Jahren ist es auch zukunftsfähig gemacht worden, sagt Ministerpräsident Reinhard Höppner im Interview.

Herr Ministerpräsident, unser Land hat eine große Tradition als Wissenschafts- und Forschungsstandort. Wo steht das Land heute?

Wir feiern in diesem Jahr nicht nur 500 Jahre Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Auch die Leopoldina, die Akademie der Naturforscher in Halle, begeht ihr 350. Jubiläum. Zudem findet in Magdeburg das Otto-von-Guericke-Jahr statt. Wir haben also eine reichhaltige Wissenschaftstradition, und in dieser Tradition haben wir in den vergangenen Jahren unsere Hochschulen modernisiert. Inzwischen beweisen die Studentenzahlen, dass unsere Hochschulen im deutschlandweiten Vergleich sehr attraktiv sind.

Nun wird Ihnen bisweilen vorgeworfen, angesichts knapper Kassen gerade im Hochschulbereich und damit an der Zukunftsfähigkeit des Landes zu sparen. Stimmt das?

Im Gegenteil. Wir haben die Ausgaben erhöht. Die Hochschulen sind für uns ein

Haushaltsschwerpunkt, weil wir da in die Zukunft investieren, in unsere jungen Leute, die eine qualitativ hochwertige Ausbildung bekommen sollen. Wir haben zwei Universitäten und mit der Burg Giebichenstein fünf Fachhochschulen. Das ist eine außerordentlich reiche Hochschullandschaft für ein so kleines Land.

Kann man das auch in Bezug auf die außeruniversitäre, die industrienahe Forschung behaupten?

Uns ist es in den vergangenen Jahren gelungen, sowohl Fraunhofer- als auch Max-Planck-Institute hier im Land anzusiedeln. Das Fraunhofer-Institut in der Nähe der Magdeburger Universität hat inzwischen viele innovative Ideen umgesetzt. Im Biotechnologiezentrum in Halle haben sich zahlreiche Firmen angesiedelt. Und wie wir die Industrieforschung schrittweise wieder aufbauen, die nach 1990 zusammengebrochen ist, zeigt sich an der Ansiedlung eines Fraunhofer-Instituts in Schkopau, wo jetzt unmittelbar auf dem BSL-Gelände ein Demonstrationszentrum für Polymerforschung entsteht. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch das Projekt, das eine US-amerikanische Firma in Leuna plant. Da geht es um die Herstellung neuer Fasern auf Kohlenstoffbasis, wie es sie noch nirgendwo auf der Welt gibt.

Wie soll sich Sachsen-Anhalt als Wissenschafts- und Forschungsstandort weiterentwickeln?

Man kann jetzt schon sagen, dass sich bestimmte Technologieschwerpunkte herausbilden, die zum Teil auf langer Tradition basieren. Das sind der Automobil- und Maschinenbau im Norden und die Chemie im Süden des Landes. Aber auch im Bereich neuer Technologien wie Logistik, Biotechnologie und Neue Medien haben wir uns längst profiliert und genießen einen guten Ruf. Zudem möchte ich an die international anerkannten Leistungen des Instituts für Pflanzengenetik in Gatersleben im Bereich der grünen Genforschung und des Bauhauses in Dessau im Bereich von Design, Architektur und Städtebau erinnern. Unser Land hat eine lange und gute Tradition in Wissenschaft und Forschung. Auch darauf bauen wir auf.



Chemie – Branche mit Tradition und Zukunft.

10



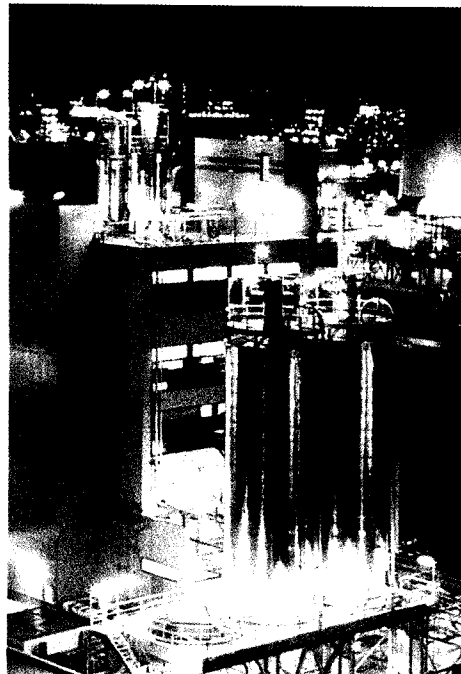
Die chemische Industrie hat trotz gravierender Umbrüche in Sachsen-Anhalt wieder einen bedeutenden Platz eingenommen. Im Branchenvergleich steht sie infolge der Umsatzentwicklung 2001 mit rund 3,5 Mrd. Euro knapp hinter dem Ernährungsgewerbe an zweiter Stelle. Woher kommt dieser Aufschwung?

Seit Jahren erleben wir, dass sich vor allem die Branchen in Sachsen-Anhalt gut entwickeln, bei denen wir eine lange Tradition haben. Es ist der richtige Weg gewesen, genau diese Branchen zu unterstützen. Die Umsatzzahlen der Metallindustrie und des Maschinenbaus zeigen ebenso nach oben wie die des Ernährungsgewerbes und vor allem der Chemie. Hier konnten wir auf Fachkompetenz bauen, die über Jahrzehnte gewachsen ist. Gute Fachkräfte, eine zunehmend bessere Infrastruktur und sicher auch die guten Fördermöglichkeiten und unbürokratischen Genehmigungsverfahren sind Sachsen-Anhalts Standortvorteil. Investoren aus dem In- und vor allem auch aus dem Ausland schätzen das und investieren hier. So ist im Dreieck zwischen Leuna, Buna und Bitterfeld eine der modernsten Chemieregionen der Welt entstanden. Darüber hinaus versuchen wir gemeinsam mit den Unternehmen, die Industriegebiete noch attrak-

tiver zu machen. Ganz wichtig dabei ist, Forschung und Entwicklung nach Sachsen-Anhalt zu holen, damit hier nicht nur die Produkte von morgen hergestellt werden, sondern diese in Zukunft auch hier entwickelt werden. Mit der Ansiedlung eines Fraunhofer-Demonstrationszentrums für Polymersynthese in Schkopau ist uns hier Großartiges gelungen.

Neben der guten Umsatzentwicklung sind auch die Investitionen herausragend. Zwischen 1991 und 2000 wurden fast 7,5 Milliarden Euro in modernste Produktionsanlagen investiert. Doch von ehemals 117.000 Beschäftigten in der Chemie des Landes sind nur noch 11.700 übrig geblieben.

Es ist vollkommen richtig, dass Sachsen-Anhalt ein schweres Erbe angetreten hat, weil sich hier die Kombinatkerne der früheren Chemieindustrie und des Maschinenbaus befanden. Viele Menschen haben ihren Arbeitsplatz verloren, weil die DDR-Industrie fast von heute auf morgen den harten Gesetzen der Weltwirtschaft ausgesetzt war. Das holt man nicht kurzfristig auf, und mir ist auch klar, dass viele Menschen unzufrieden sind. Aber deshalb ist es umso wichtiger, dass wir wieder eine funktionierende



Industriestruktur aufbauen, die nicht nur wettbewerbsfähig, sondern auch führend ist. Die Chemieparks füllen sich. Seit einiger Zeit nehmen auch die Beschäftigtenzahlen wieder zu. Ich werde weiter um jeden neuen Arbeitsplatz kämpfen. Mir ist dabei durchaus bewusst, dass das nicht über Nacht geht, sondern nur mit einem langen Atem.

Sie haben vor Monaten einen erfolgreichen Dialog mit der Wirtschaft und den Verbänden begonnen. In welchen Punkten sind Sie entscheidend vorangekommen?

Wenn wir mehr Menschen in Lohn und Brot bringen wollen, dann brauchen wir einen Dialog zwischen Politik, Gewerkschaften und Wirtschaft. In nur einem Jahr haben wir es geschafft, wichtige strategische Ziele der Branche zu definieren, und sind auch bei der Umsetzung schon ein gutes Stück vorangekommen. Wir haben uns erfolgreich in die europäische Chemikalienpolitik eingemischt und dabei auf die Probleme unserer heimischen Industrie mit geplanten neuen Vorschriften hingewiesen. Wir haben ein Fundament für ein künftiges Netzwerk europäischer Chemieregionen aufgebaut. Sachsen und Brandenburg folgen dem Beispiel und haben sich mit ihren Chemieregionen unserer Dialogpolitik angeschlossen.

Welche Perspektiven hat unsere Chemie in punkto EU-Osterweiterung?

Sachsen-Anhalt hat aufgrund seiner geographischen Lage und natürlich auch aufgrund seiner Geschichte als Tor Richtung Ost- und Südosteuropa besonders gute Voraussetzungen. Das ist auch für die Chemieindustrie eine Chance, die es zu nutzen gilt. Schon jetzt gibt es ausgedehnte Kontakte nach Polen und Tschechien – hier sind bereits Kooperationsverträge unterzeichnet. Mit Ungarn wird eine Kooperation vorbereitet. Die Unternehmen des Chemiedreiecks waren bei den Kooperationsverhandlungen von Anfang an beteiligt.

Was ist das Neue am regionalen Ansiedlungsmanagement im Chemiedreieck?

Das Modell der Chemieparks ist, das kann man sagen, in Sachsen-Anhalt entwickelt

worden. Zwar haben wir in den vergangenen Jahren gute Ansiedlungserfolge gehabt – in den drei größten sachsen-anhaltischen Chemieparcs arbeiten insgesamt 30.000 Menschen –, die Areale sind aber so riesig, dass sie in Zukunft noch besser vermarktet werden müssen. Es wird zunehmend notwendig, die Chemieparcs gerade im Ausland gemeinsam zu vermarkten, um ihre Attraktivität für Ansiedlungen weiter zu steigern. Das ist übrigens ein Ergebnis des Strategiedialogs Chemie. Für das Modell Chemiepark spricht, dass die benötigte Infrastruktur schon da ist und jeder Investor schneller mit der Produktion anfangen kann. Hinzu kommt, dass jeder Park über eigene Spezialisierungen verfügt. Bitterfeld hat sich als Standort der Chlorchemie etabliert, Buna als Standort für Kunststoffproduktion und Leuna als Raffineriestandort.

Leuna, die Mitteldeutsche Erdölraffinerie, ist mit rund 3,2 Milliarden Euro Jahresumsatz das größte Unternehmen in Sachsen-Anhalt. Können Sie am Beispiel dieses Unterneh-

mens verdeutlichen, dass tatsächlich – wie Studien besagen – mit jedem Arbeitsplatz in der Chemie drei weitere mittelständische Arbeitsplätze entstehen?

Lassen Sie mich das an einem einfachen Beispiel verdeutlichen. Wir haben im Bereich der Chemieindustrie Sachsen-Anhalts rund 12.000 Beschäftigte. Das ist übrigens die Hälfte aller Beschäftigten in der ostdeutschen Chemie. Aber es gibt in jedem der drei großen Chemieparcs in Bitterfeld/Wolfen, Buna/Schkopau und Leuna je 10.000 Beschäftigte. Um die Chemie haben sich also ganz offensichtlich Dienstleister, weiterverarbeitende Industrie und Serviceanbieter angesiedelt, die die Zahl der in der Chemie Beschäftigten schon jetzt weit übersteigen. Deshalb setze ich auch weiter darauf, in erster Linie die produzierende Industrie zu unterstützen.



Investitionshilfen für Firmenansiedlungen gesichert.

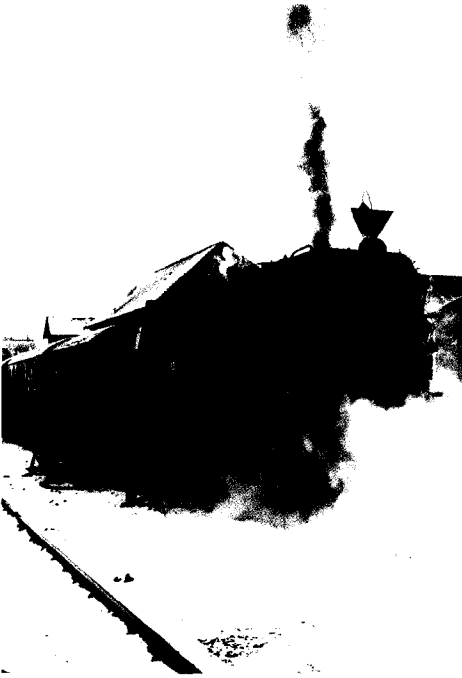
Es ist geschafft! Ministerpräsident Reinhard Höppner hat in einem Gespräch mit dem Wettbewerbskommissar der Europäischen Kommission, Mario Monti, erreicht, dass die geplante Kürzung der staatlichen Beihilfen für Großinvestitionen verschoben wird. Ursprünglich sollten die Investitionsbeihilfen bereits zum Ende des Jahres 2002 spürbar sinken. „Die Umsetzung dieser Pläne hätte für Sachsen-Anhalt schwerwiegende Folgen gehabt“, sagt Höppner. „Wir verhandeln derzeit über 15 geplante Großinvestitionen mit einem Volumen von 2,6 Milliarden Euro, die rund 3.500 Arbeitsplätze schaffen werden.“ Diese Vorhaben mit Investitionen von jeweils mindestens 50 Millionen Euro wären durch die Brüsseler Pläne gefährdet gewesen. „Jetzt haben Unternehmen noch bis zum Ende des Jahres 2003 die Gelegenheit, zu den bisherigen günstigen Förderbedingungen zu investieren“, sagt Höppner. „Ich hoffe, dass deshalb die Entscheidungen der Konzerne vorgezogen werden und für spürbare Entlastung auf dem Arbeitsmarkt sorgen.“ Noch günstiger ist aus Sicht Sachsen-Anhalts der Kompromiss im Bereich der mittelgroßen Investitionen zwischen 25 und 50 Millionen Euro. Auch hier wollte die EU-Kommission die Förderung zum Jahresende spürbar senken. „In diesem Bereich laufen die finanziellen Investitionsbeihilfen jetzt sogar bis zum Ende des Jahres 2006 in der bisherigen Höhe weiter“, sagt Höppner. „Damit sind weitere 19 Investitionsvorhaben, über die wir derzeit verhandeln, ebenfalls gesichert.“



Um den Nationalpark Hochharz ist es wieder ruhig geworden.

„Der Brocken darf kein Hexentanzplatz werden.“

12



Freundlich, aber bestimmt stellt sich Herbert Papies dem jungen Paar vor. „Mein Name ist Papies von der Nationalparkwacht“, sagt er. „Ihr Hund muss im gesamten Nationalparkgelände angeleint sein.“ Immer wieder stößt Papies bei seinen Kontrollgängen im Nationalpark Hochharz auf frei laufende Hunde. „Die meisten Halter nehmen ihren Hund sofort an die Leine“, sagt er. „Aber es gibt auch welche, die wollen partout nicht einsehen, dass ihr Hund hier nicht frei rumlaufen darf.“ Bei solch uneinsichtigen Hundehaltern verhängt Papies durchaus auch ein Bußgeld. „Da staunen die dann nicht schlecht“, sagt er.

Einige Meter weiter bückt sich Papies in einen Wasserlauf und entfernt angeschwemmtes Holz und Laub, das sich vor einem Bachdurchlauf angesammelt hat und das Wasser aufzustauen droht. „Wenn das erst einmal über den Weg läuft, entwickelt es eine solche Kraft, dass der Weg in kürzester Zeit zur Hälfte weggespült ist“, erklärt er. In diesem Fall hat sich die Natur das Hindernis selbst in den Weg gelegt. Aber häufig ist Menschenhand im Spiel. „Und es sind längst nicht nur Kinder, die Bachläufe mit Steinen und Bruchholz anstauen“, sagt Papies. „Das Wasser sucht

sich dann einen neuen Weg, meist zulasten der Waldwege.“

Seit April 1997 ist der 46-jährige bei der Nationalparkwacht. Was für viele Menschen Ziel eines Wochenendausfluges ist, ist für ihn der tägliche Dienst. Eine Wanderung durch den Nationalpark Hochharz. Dabei versteht er sich aber weniger als Tugendwächter gegenüber den Wanderern. „Ich bin eher eine Art wandelnde Informationstafel“, beschreibt er seine Arbeit. Viele Menschen, so glaubt er, verstoßen eher aus Unachtsamkeit oder Unwissenheit gegen Vorschriften, die im Nationalpark nun einmal eingehalten werden müssen. Und wie Herbert Papies stehen auch seine 19 Kollegen von der Nationalparkwacht nach Voranmeldung gern zu Führungen durch den Nationalpark bereit. Zu dieser Jahreszeit ist die Nachfrage aber weniger stark.

Seine Wege sind länger geworden, seit mit dem neuen Nationalparkgesetz die Fläche des Nationalparks Hochharz um rund 50 Prozent auf nunmehr 9.000 Hektar gewachsen ist. Um das Gesetz hatte es viel Unruhe gegeben. Insbesondere Gastronomen der Region rund um den Brocken fürchteten Einnahmeverluste und drohten mit Entlas-



Was für viele Menschen Ziel eines Wochenendausfluges ist, ist für Nationalpark-Ranger Herbert Papies täglicher Dienst: die Wanderungen entlang den Brockenpfaden.

sungen von Mitarbeitern. „Ich glaube, dass das ein künstlich angezettelter Streit war, der insbesondere politischen Interessen dienen sollte“, meint Umweltminister Konrad Keller. „Dass sich dieser Streit beruhigt, wenn das Nationalparkgesetz und die dazugehörige Verordnung erst einmal verabschiedet sind, war zu erwarten.“ Die Landesregierung sei bemüht gewesen, die Interessen der Tourismuswirtschaft mit denen des Natur- und Umweltschutzes in dieser einmaligen Mittelgebirgslandschaft unter einen Hut zu bringen. „Ich habe Verständnis für die Belange der Gastwirte und Hotelbetreiber, aber die müssen auch Verständnis für die Belange der Natur haben, denn ohne diese einmalige Landschaft, die hochsensibel ist, könnten sie erst recht keine Geschäfte machen“, sagt Keller. Nicht zuletzt deshalb habe er einen Teil des Winterberges aus dem Nationalpark herausgenommen. Die Gemeinde Schierke will dort einen Skilift errichten. Aber, so Keller: „Der Brocken darf kein Hexentanzplatz werden.“

Eigeninitiative zieht.



„Ein eigener Jugendklub – Mensch, das klingt doch richtig gut“, lacht Fabian Schönmemann aus Alberstedt, einer kleinen Gemeinde in der Nähe von Querfurt. Der 16-jährige Gymnasiast gehört zu einer Reihe von Jugendlichen, die sich vor zwei, drei Jahren ein Herz genommen haben, um sich ihren Wunschtraum zu erfüllen. Mit tatkräftiger Unterstützung der Jusos, der Gemeinde sowie des SPD-Ortsvereins Querfurt konnte der Klub letztlich aufgebaut werden.

„Irgendwie haben alle mit an einem Strang gezogen, sonst wäre es wohl nie etwas geworden“, meint Fabian, der regelmäßig in „seinem“ Klub zu Gast ist. Das mag wohl richtig sein, ein wenig Understatement ist in seiner Aussage dennoch mit inbegriffen. Denn anfangs stand das Projekt unter keinem so guten Stern, wie sich Fabian erinnert: „Wir hatten bei der Gemeinde nachgefragt und darauf hingewiesen, dass wir einen Raum haben möchten. Allerdings war dafür kein Geld da.“ Nach mehreren Absagen wandten sich die jungen Leute an den SPD-Ortsverein, der einen entscheidenden Tipp bereithielt: „Meldet euch doch in Halle bei einem Wettbewerb der Jusos an.“ Gesagt, getan. Innerhalb weniger Tage, schließlich war der Anmeldestermin schon in beden-

liche Nähe gerückt, drehten die jungen Leute vor Ort ein Video und schrieben eine Konzeption, wie ihr zukünftiger Wunschklub denn aussehen solle. „Wir versuchten die unterschiedlichsten Vorschläge unter einen Hut zu bringen, was wohl ganz gut geklappt hat“, weiß Fabian. Stimmt, immerhin konnten die Alberstedter den landesweiten Wettbewerb gewinnen und mehr als 30 „Konkurrenzprojekte“ auf die Plätze verweisen. Am 1. April 2000 überreichte Ministerpräsident Reinhard Höppner einen Scheck über 1.000 Mark.

„Das war für uns alles andere als ein Aprilscherz“, meint der 16-jährige Fabian, „Der Scheck und vor allem der 1. Platz haben eine richtige Aufbruchstimmung ausgelöst.“ Es folgten weitere Gespräche mit der Gemeinde, auch hier engagierte sich wieder die örtliche SPD und bot Unterstützung an. Mitte des Jahres konnte dann mit den Arbeiten begonnen werden. Die Gemeinde schoss Gelder zu, stellte Arbeiter ab und engagierte Handwerksfirmen aus der Umgebung. „Im Sommer 2001 war dann alles gut über die Bühne gegangen und wir konnten endlich einziehen“, freut sich Fabian heute.

Zuvor musste aber ein großes Arbeitspensum absolviert werden: An eine Wetterhalle der Gemeinde, die schon immer von den Anwohnern für ihre Feiern genutzt wurde, ist ein eigener Raum für die jungen Leute angebaut worden, ebenso ein großzügiger Toilettentrakt. „Heute kommen immer zwischen 20 und 30 Jugendliche hierher, und das wirklich regelmäßig jeden Tag“, weiß Margita Warwel, die über eine ABM-Stelle der Gemeinde die Betreuung des Klubs übernommen hat. Warum das Gelände so beliebt ist? „Schauen Sie sich doch um“, sagt Warwel, „hier ist doch richtig was los.“

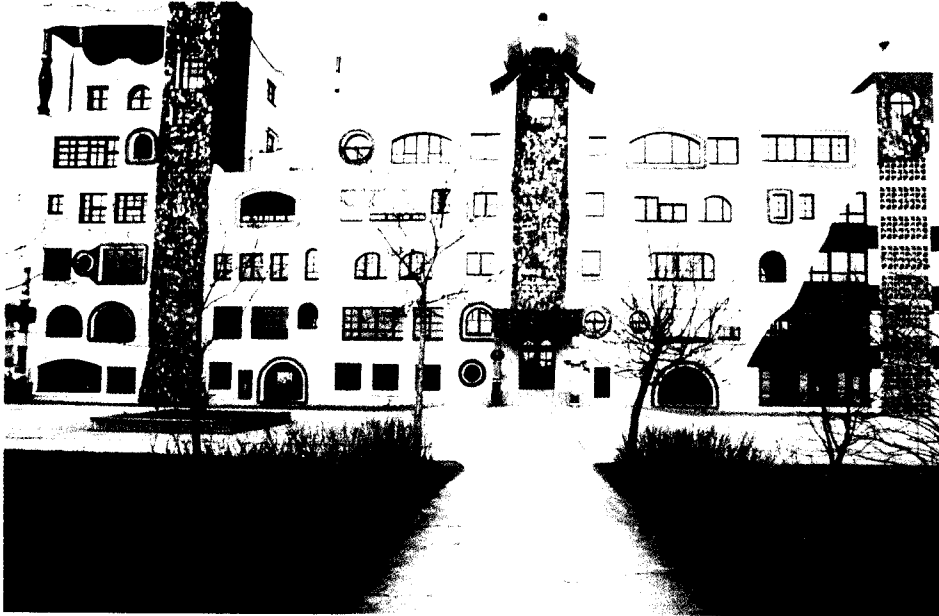
Egal, ob im Sommer Grillfeste auf dem Rasen, Federball im großen Hof oder Tischtennis unter dem Dach der Wetterhalle: An Langeweile muss im Alberstedter Jugendklub niemand leiden. Sogar eine Stereoanlage, ein Fernseher und ein Computer haben noch Platz gefunden: „Einiges wurde von dem Scheck bezahlt“, weiß Warwel, „viele andere Sachen haben die Jugendlichen von zu Hause mitgebracht.“ Auch hier zeigten die jungen Leute wieder viel Eigeninitiative und Willen.



Die Jugendlichen von Alberstedt kamen durch Eigeninitiative zu einem Jugendklub und wurden damit Preisträger bei einem Wettbewerb der Jusos.

Die Blicke der Welt auf Sachsen-Anhalt ziehen.

14



Das Martin-Luther-Gymnasium in Wittenberg, einst eine Plattenbau-Schule vom Typ „Erfurt II“, wurde durch die Initiative von Schülern, Eltern und Kommunalpolitikern zur „Hundertwasser-Schule“ umgebaut.

Viele Wege führen nach Poppau. Aus acht Himmelsrichtungen führen Straßen in dieses Altmark-Dorf, das seinen Einwohnern deshalb seit alters her als Mittelpunkt der Welt gilt. Nicht ohne Grund. Von Poppau aus wurde der Sage nach einst die Welt vermessen und der Beweis erbracht: Der Mittelpunkt der Welt ist ein Felsbrocken im Poppauer Dorfteich. Seit der Vermessung trägt dieser Felsen als Zeichen seiner besonderen Bedeutung ein Stück der damaligen Messkette. Bei dieser historischen Tat schaute die Welt auf Poppau. Und die Welt hatte später erneut allen Grund, nach Sachsen-Anhalt zu schauen. Nicht nur, weil Martin Luther hier seine Thesen entwickelte und eine Weltkirche schuf. Nicht nur, weil zahlreiche Weltkulturerbestätten in Sachsen-Anhalt liegen. Nicht nur, weil Sachsen-Anhalt die weltweit einzige Korrespondenzregion der Weltausstellung EXPO 2000 vorzuweisen hatte. Und auch nicht nur, weil die Europaratsausstellung „Otto der Große, Sachsen-Anhalt und Europa“ fast 300.000 Besucher aus aller Welt nach Magdeburg lockte.

Auch in den kommenden Jahren wird die Welt wieder nach Sachsen-Anhalt schauen. Unser Bundesland wird Schauplatz einer

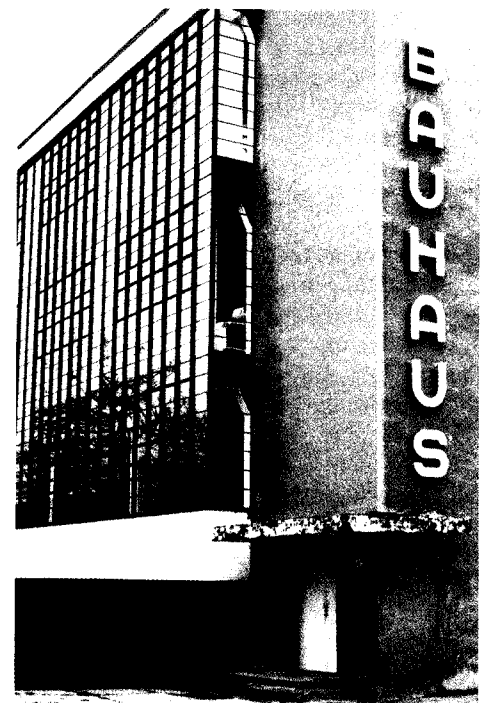
weiteren international beachteten Ausstellung, einer Internationalen Bauausstellung zum Stadtumbau Ost. Bis zum Jahr 2010 will Sachsen-Anhalt beispielhaft zeigen, wie man Städte angesichts einer schrumpfenden Stadtbevölkerung entwickeln und umgestalten kann.

Ideenschmiede dafür war einmal mehr das Dessauer Bauhaus, das mit seiner Vision eines industriellen Gartenreiches schon den Anstoß für die EXPO-Korrespondenzregion im Dreieck zwischen Dessau, Wittenberg und Bitterfeld gegeben hat. „Auch da haben wir ja Umgestaltungsprozesse präsentiert“, sagt Bauminister Jürgen Heyer. „Als die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover ihre Tore schloss, da liefen bei uns viele Projekte zur Umgestaltung einer geschundenen Bergbau- und Industrieregion weiter.“ Mit solchen Erfahrungen hat Sachsen-Anhalt beste Voraussetzungen für eine Internationale Bauausstellung zum Stadtumbau Ost. „Und einen besseren Partner als das Bauhaus und seinen Leiter Professor Omar Akbar kann ich mir für eine solche IBA gar nicht vorstellen“, ergänzt der Minister. „Der internationale Ruf des Bauhauses, seine Bedeutung für die Architektur des Industriezeitalters und seine kreative Kraft und Kom-

petenz für zeitgemäße Lösungen in Städtebau, Stadtentwicklung und Landschaftsarchitektur bieten ideale Voraussetzungen, um in Sachsen-Anhalt eine Bauausstellung auszurichten, die in Europa und auch weit darüber hinaus Beachtung finden wird.“

Drei internationale Bauausstellungen hat es bislang in Deutschland gegeben. Sie hatten jeweils ein drängendes städtebauliches Thema zum Motto. Zwei dieser Ausstellungen waren in den 50er und 80er Jahren in Berlin, eine weitere hatte in den 90er Jahren die Entwicklung einer von Industriebrache geprägten Landschaft, des so genannten Emscherparks im Ruhrgebiet, zu einem Stadtteilzentrum, in dem die Funktionen Wohnen, Arbeiten und Freizeit gleichmäßig zur Geltung kommen, zum Thema.

Stadtansichten Sachsen-Anhalts heute: Neben liebevoll sanierten Gründerzeit- oder Barockhäusern schlummern Ruinen aus der jeweils gleichen Epoche ihrer abschließenden Begegnung mit der Abrissbirne entgegen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften suchen Mieter für frisch renovierte Plattenbauten, deren ursprüngliche Bewohner längst in



Einfamilienhaussiedlungen vor den Toren der Städte gezogen sind. Insgesamt stehen rund 200.000 Wohnungen in Sachsen-Anhalt leer, in manchen Städten drohen ganze Wohnbezirke zu veröden oder zu sozialen Brennpunkten zu werden. Höchste Zeit, zu handeln.

Das Programm Stadtumbau Ost soll solchen Missständen begegnen. „Uns geht es dabei nicht nur darum, den Wohnungsleerstand durch den Abriss von Häusern einzudämmen“, sagt Minister Heyer. Das Stadtumbauprogramm soll helfen, in reinen Wohnsiedlungen Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung zu schaffen, aber auch kleines und mittelständisches Gewerbe anzusiedeln. Entscheidend ist, dass sich die Bürger in ihrer Stadt wohl fühlen und sich mit ihr identifizieren. „Im Kern geht es darum, dass die Bürger ihre Stadt wieder neu entdecken“, sagt Jost Riecke, der Chef des Verbandes Kommunaler Wohnungsunternehmen in Sachsen-Anhalt. Rund 2,2 Milliarden Euro stehen für Ostdeutschland im „Stadtumbau Ost“ zur Verfügung, mehr als 17 Prozent davon entfallen auf Sachsen-Anhalt. „Damit bekommt Sachsen-Anhalt nach dem Land Sachsen die zweithöchste Mittelzuweisung aus diesem Programm“, freut sich Minister Heyer. „Wichtig ist, dass die Städte im Dialog mit ihren Bürgern selbst entscheiden, wo das Geld schwerpunktmäßig eingesetzt wird.



Auch Altbausubstanz wie in der denkmalgeschützten Werkssiedlung Piesteritz kann durch das Stadtumbauprogramm zu neuem Leben erweckt werden.

Alle Städte in unserem Bundesland sind mit ihren Konzepten bereits fertig und können deshalb sofort mit ihren Maßnahmen loslegen.“ Und die Welt, da ist sich der Minister sicher, wird einmal mehr nach Sachsen-Anhalt schauen: „Unter dem internationalen Renommee des Bauhauses wollen wir unsere Erfahrungen im Umbau und in der Entwicklung von Städten, die unter schrump-

fenden Einwohnerzahlen leiden, an andere Regionen in Europa weitergeben, die in den kommenden Jahren mit ähnlichen Problemen konfrontiert sein werden, sowohl in Ost- als auch in Westeuropa.“ Die Welt wird – wie einst in historischen Poppauer Zeiten – wieder einmal nach Sachsen-Anhalt blicken.

Nicht die Städte schrumpfen, sondern die Bevölkerungszahl geht zurück.

„Wir sind der Meinung, dass es die Schrumpfung der Städte eigentlich gar nicht gibt“, meint Professor Omar Akbar, Leiter der Dessauer Bauhausstiftung, „dafür muss aber dem Rückgang der Bevölkerungszahl in Zukunft eine viel größere Bedeutung beigemessen werden. Das ist ein Thema, das im Moment vor allem den Osten Deutschlands, aber auch Polen und Italien betrifft, in sehr naher Zukunft jedoch in der gesamten westlichen Welt eine wesentliche Rolle spielen wird.“

Daher werde das Land Sachsen-Anhalt von der Ausstellung auch in sehr großem Maße profitieren: „Eine derartiges Projekt hat ein gigantisches Renommee, die ganze Welt wird interessiert nach Sachsen-Anhalt schauen.“ Als im Sommer 2001 erstmals im Bauhaus über eine solche Ausstellung nachgedacht wurde, stand für Akbar ein Gedanke ganz stark im Vordergrund: „Bei der gegenwärtigen Entwicklung kann nicht Abriss das Thema sein, sondern der Gedanke, neue Wege zu finden, um mit der schrumpfenden Bevölkerungszahl umzugehen.“

Akbar spricht daher von einem „Paradigmenwechsel“ in der Bauentwicklung: „Die Bedeutung der Stadt hat insgesamt sehr stark zugenommen, egal ob Sie nun an Kunst, Architektur oder Design denken. In meinen Augen ist die Stadt das Thema, daher konzentriert sich auch unser Bauhaus sehr stark darauf.“

Theatermacher mit Leib und Seele.

16



Peter Sodann.

Den meisten ist er eher aus dem Fernsehen bekannt. Seit nunmehr zehn Jahren sorgt Kommissar Ehrlicher für die ostdeutsche Form der Verbrechensaufklärung in der beliebten ARD-Serie „Tatort“. Ein Kommissar, der selten bis nie mit der Dienstwaffe in der Hand zu sehen ist. Waffen und vor allem die Absicht, diese auch zu benutzen, sind Ehrlicher-Darsteller Peter Sodann nämlich ein Gräuel. „Ständig feiern wir irgendwo das Weltkulturerbe“, sagt er, „aber das eigentliche Weltkulturerbe ist der Krieg.“ Und dieses Erbe ist eine schwere Last und Aufgabe.

Die Hauptrolle im Tatort ist für Sodann eher eine Nebenbeschäftigung. Hauptberuflich ist er Theaterschauspieler, Regisseur, Ausstellungseröffnungsredner, Intendant ... – „Nein, als Intendant kann man ihn kaum bezeichnen, denn Peter Sodann verwaltet sein Theater nicht, er lebt sein Theater“, sagt Rüdiger Fikentscher, Vorsitzender der SPD Sachsen-Anhalts und ihrer Landtagsfraktion, Mitbegründer des Kulturforums der Sozialdemokratie im Land und nicht zuletzt Vorstandsmitglied im Förderverein „Freunde des neuen theaters e.V.“ in Halle. „Peter Sodann ist im besten Sinne der klassische Prinzipal seines Theaters“, sagt

Fikentscher. Dieses Theater hat Sodann mit einigen Gleichgesinnten im Jahr 1981 gegründet.

In den einstigen Kaiser-Sälen, ehemaligen Filmtheatern und Tanzsälen, die in einem teilweise einsturzgefährdeten Stadtquartier lagen, begann die Geschichte des „neuen theaters“. Mit Spitzhacke und Maurerkelle machten Sodann und seine Schar engagierter Mitstreiter die ersten Säle bespielbar.

„Peter Sodann verwendete von Beginn an das Wort Kulturinsel“, sagt Fikentscher. „Und es ist wirklich eine Insel der Kultur, die man stets auch ohne Vorbestellung von Karten ansteuern kann – irgendetwas Spannendes findet man dort immer.“ Was längst weit über die Grenzen der Saalestadt hinaus bekannt geworden ist. Vor zwei Jahren wurde Sodann und seinem „neuen theater“ der renommierte „Deutsche Kritikerpreis“ verliehen.

Tatsächlich ist aus dem ersten bespielbaren Saal des „neuen theaters“ längst ein ganzes Veranstaltungs- und Gastronomiezentrum geworden. Ein Zentrum, das auch überregional für Aufmerksamkeit sorgt. Zum 20. Jubi-



Rüdiger Fikentscher.

läum der Kulturinsel im vorigen Jahr reiste selbst der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Julian Nida-Rümelin, an.

Als 1998 mit der „Kommode“ eine weitere Spielstätte der Kulturinsel erstmals ihre Pforten öffnete, war der bekannte Schauspieler Rolf Hoppe dabei. „Nicht nur die Spielstätten der Kulturinsel sind einen Besuch wert“, sagt Fikentscher. Auch die Gaststätten der Kulturinsel sind ein Erlebnis für sich. Die Wände sind entweder künstlerisch bemalt oder sie hängen voller Fotografien aus der Theatergeschichte. Als Theatermann und Theatermacher ist Sodann ein Überzeugungstäter. Stets sind ihm die Tage zu kurz, alle Ideen und Konzepte auch wirklich umzusetzen, zumal er auch noch unermüdlich um Sponsoren und Förderer für seine Kulturinsel wirbt. „Dabei bin ich eigentlich nicht gerade der Mensch, der gern arbeitet“, schmunzelt er. „Aber ich beschäftige mich gern.“

Die Anstöße kultureller Entwicklungen sind denn auch aus Sicht des nt-Prinzips ganz einfach zu erklären. „Ich neige dazu, die Motoren menschlichen Strebens immer möglichst kurz auszudrücken: Angst vor dem Tod und der Langeweile. Das alles kann aber auch Unheil mit sich bringen, wenn damit nicht gleichzeitig Bildung und Kultur einhergeht.“ Wie von sich selbst erwartet Sodann auch von seinen Schauspielern besonderes Engagement. Es sind junge Schauspieler, die zudem überwiegend auch noch auf eine umfassende musikalische Ausbildung zurückgreifen können. „Das braucht er einfach, weil er so viele Revuen und andere Produktionen mit deutlichem musikalischem Anteil auf die Bühne bringt“, ist Fikentscher überzeugt. „Peter Sodann hat 20er-, 50er-, 60er- und 70er-Jahre-Revuen inszeniert. Und jetzt auch die „Wenderevue“. Aber niemals nur, weil er ein Faible für die Musik dieser Zeiten gehabt hätte. Stets ging es ihm dabei um ein gesellschaftliches oder besser gesellschaftspolitisches Anliegen.“

Und nicht zuletzt darum geht es ihm auch, wenn er wieder einmal als Kommissar Ehrlicher vor die Fernsehkameras tritt. „Bei den Drehbüchern habe ich ein Mitspracherecht“, sagt Sodann. „Ich würde niemals nur einfach

einen Krimi drehen wollen.“ Stets legt der Theatermann Wert darauf, dass auch seine Ausflüge in den „Tatort“ jeweils ein aktuelles gesellschaftliches Thema zum dramaturgischen Hintergrund haben.

Aber auch für sein eigenes Ensemble sorgt Sodann, wenn er als Kommissar Ehrlicher in den Trenchcoat schlüpft. „In den Tatort-Folgen sind stets Schauspieler aus dem „neuen theater“ zu sehen, leider noch immer zu wenig und mit zu kleinen Rollen“, sagt er. Nicht ohne Grund: Schauspieler, insbesondere, wenn sie an kleinen Theatern tätig sind, werden alles andere als gut bezahlt. Das gilt auch für die Mitglieder des nt-Ensembles. Bei den Dreharbeiten für die „Tatort“-Folgen mit Kommissar Ehrlicher können sie die mehr oder weniger karge Gage aufbessern. Wichtiger als eine fürstliche Bezahlung seiner Schauspieler ist Peter Sodann, dass niemandem der Besuch eines Theaters oder eines Museums verwehrt bleibt, weil seine finanziellen Möglichkeiten nicht ausreichen. „Wir machen im ‚neuen theater‘ in Halle mindestens vier so genannte 4-Euro-Vorstellungen im Monat, damit sich tatsächlich jeder den Theaterbesuch leisten kann“, sagt

Sodann. „Damit machen wir natürlich als öffentlich gefördertes Theater einen Schritt auf die Zuschauer zu und erzielen weniger Einnahmen. Und dafür werden wir wiederum von den öffentlichen Geldgebern gescholten.“ Ein ehrenwertes Anliegen, räumt auch Fikentscher ein. „Nicht zuletzt, damit

Kultur auch in Zukunft bezahlbar bleibt, gibt das Land seit Jahren ein Prozent des Gesamtetats, also gut 100 Millionen Euro, für die Kultur aus.“ Das soll auch in Zukunft so bleiben. „Damit die einen Kultur schaffen und die anderen sie genießen können.“



Die Franckeschen Stiftungen in Halle sind nun auch Sitz der Bundeskulturstiftung.

Bundeskulturstiftung kommt nach Halle.

Es war ein alter Traum von Willy Brandt. Der Altbundeskanzler hatte schon vor rund 30 Jahren die Gründung einer Bundeskulturstiftung angeregt und für diese Idee früh Unterstützung aus dem kulturellen Leben gefunden. Nicht zuletzt Literaturnobelpreisträger Günter Grass hat die Idee stets unterstützt. Jetzt aber gibt es die Bundeskulturstiftung, und sie hat ihren Sitz in Sachsen-Anhalt, in Halle. Dies war der ausdrückliche Wunsch des Schriftstellers gewesen.

Ministerpräsident Reinhard Höppner zeigt sich darüber besonders erfreut. „Ich heiße die neue Stiftung und ihre Gründer im Namen des Landes Sachsen-Anhalt sehr herzlich in der Saalestadt willkommen“, sagte der Regierungschef, als er die Genehmigungsurkunde für die Stiftung an Staatsminister Julian Nida-Rümelin überreichte.

„Halle ist ein würdiger Standort für die Bundeskulturstiftung“, findet der Ministerpräsident und verweist auf die reiche Kulturtradition der Stadt und des Bundeslandes Sachsen-Anhalt. „Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg feiert in diesem Jahr ihr 500. Jubiläum und ist damit eine der ältesten Universitäten in Deutschland“, sagt Höppner. „Luther hat hier gewirkt, und Aufklärer und Pietisten haben hier gestritten.“ Die Franckeschen Stiftungen, in denen die neue Stiftung ihren Sitz hat, haben die Entwicklung von Bildung und Pädagogik in Europa beeinflusst wie wohl keine andere Institution. Als Geburtsstadt Händels ist Halle aber auch eine Stadt der Musik und des Theaters.

„Mit dieser kulturellen Tradition steht die Stadt Halle für das gesamte Land Sachsen-Anhalt“, ist Reinhard Höppner überzeugt. „Sachsen-Anhalt ist das Land mit den meisten Baudenkmalern und Weltkulturerbestätten der UNESCO in Deutschland“, sagt Höppner und verweist auch auf die Ausstellung „Otto der Große, Mag-

deburg und Europa“, die im vergangenen Jahr mehr als 300.000 Menschen nach Magdeburg lockte, wo der Begründer des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation im Dom begraben liegt. „Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die Wiege der deutschen Geschichte und damit letztlich auch der deutschen Kultur in Sachsen-Anhalt stand“, ist Höppner überzeugt. „Und deshalb ist die größte Stadt des Landes der einzig richtige Sitz der Bundeskulturstiftung.“

Höppner freut sich, dass der Traum Willy Brandts gerade in der traditionsreichen und lebenswerten Stadt Halle Wirklichkeit geworden ist. Der Ministerpräsident abschließend: „Der Satz Willy Brandts, ‚Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört‘, gewinnt für mich jetzt noch mal eine ganz besondere Bedeutung.“

Die Kinder im Land sind gut aufgehoben.

18

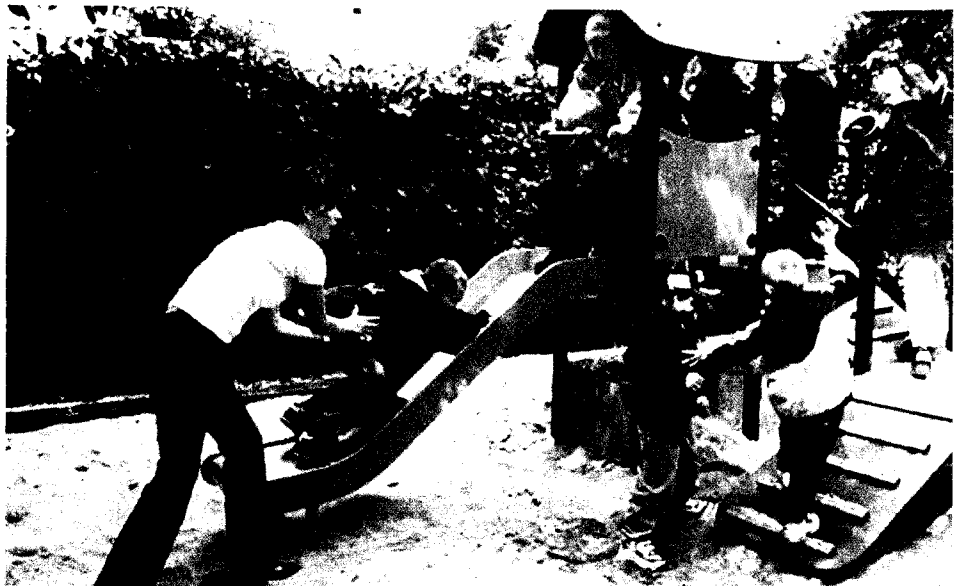


Sachsen-Anhalt hat als einziges Bundesland in Deutschland einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für mindestens zehn Stunden täglich von der Geburt bis zum Abschluss des sechsten Schuljahres eingeführt. „Die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kinder unterschiedlicher Altersstufen ist ungebrochen hoch“, stellt Sozialministerin Gerlinde Kuppe fest. So gebe es derzeit landesweit 47 Krippenplätze je 100 Kinder im Alter zwischen null und drei Jahren. „Würden die Eltern aller 100 Kinder ihr Kind in die Krippe geben wollen, würde es entsprechend mehr Krippenplätze geben“, betont die Ministerin, „nicht zuletzt wegen des festgeschriebenen Rechtsanspruches.“ Ein kleiner Vergleich: In Sachsen gibt es 24 Krippenplätze je 100 Kinder, in Thüringen sind es 26, in Bayern nur ein einziger. Von 100 Kindern im Kindergartenalter (zwischen drei Jahren und Schuleintritt) besuchen sogar 90 einen Kindergarten. „Das heißt, dass knapp 51.000 der landesweit 56.600 Kinder in diesem Alter den Kindergarten besuchen“, sagt Ministerin Kuppe. Für das laufende Haushaltsjahr sind im Landesetat 169,24 Millionen Euro für die Kinderbetreuung eingestellt worden. Etwa 10,22 Millionen Euro sind zusätzlich für Investitionen in Kindereinrichtungen reserviert.

Noch etwas benommen vom Mittagsschlaf steht der fünfjährige Niels vor dem Geschirregal der Kinderküche. Er überlegt, ob zur grünen Plastiktasse besser der gelbe oder der blaue Teller passt. Laut Tischdienststuhl ist Niels heute mit dem Decken und dem Abräumen des Kaffeetisches dran. Niels ist eins von 73 Kindern des Schönebecker Kindergartens „Knirpsenland“. Die meisten der Kleinen werden ganztags betreut.

„Das ist ein wesentlicher Vorteil für mich“, sagt seine Mutter. Als Anwältin weiß sie, wovon sie spricht. Ihre Arbeitstage sind lang. Bewusst habe sie Sohn und Tochter zur Betreuung ins Knirpsenland gegeben. „Da weiß ich, dass die beiden gut aufgehoben sind.“ Sie ist überzeugt, dass die Betreuung im Kindergarten besonders für die soziale Entwicklung der Kleinen wichtig ist. So habe auch die PISA-Studie gezeigt, dass die Konzentrations-, Lern- und Sprachfähigkeit bei den Jüngsten bereits früh-

zeitig geschult werden muss. Silvia Döring, Erzieherin im Knirpsenland, erzählt ein Bei-



spiel, wie das logische Denkvermögen der Fünf- bis Sechsjährigen geübt wird. „Sechs Kinder saßen an einem Tisch, auf dem drei Mandarinestückchen lagen. Auf die Frage, wie denn jeder davon etwas abbekommen könnte, haben die Kinder bereits nach kurzem Überlegen gesagt, dass man alle Stücke einfach teilen müsse“. Sprachlich werden die Steppkes durch regelmäßige Morgengespräche gefördert, bei denen etwa darüber geredet wird, wie am besten mit Wut umzugehen ist. Dazu las die Erzieherin die Geschichte „Anna und die Wut“ vor und fragte dann, was die Kinder wütend mache. „Wenn meine Schwester mein Gebautes kaputtmacht“, sprudelt es aus Daniel heraus. „Wenn ich abends baden will und nicht darf“, flüstert Maria und knautscht dabei vor Aufregung einen Gummiball in ihren Händen. Der kleine Christian hat gleich ein eigenes Rezept gegen Wut: „Meine Mutti soll mir mal ein Buch mit leeren Seiten kaufen, das man einfach zerreißen kann.“

„Bei solchen Gesprächen lernen die Kinder zuzuhören und miteinander zu reden“, weiß Kindergärtnerin Döring. Zudem wird die Konflikt- und Teamfähigkeit gesteigert. Für richtig viel Aufregung sorgen im Knirpsenland aber auch Feste wie Fasching, Ostern oder das Gespensterfest. Besondere Höhepunkte sind Theater- und Musikaufführun-

gen, zu denen die Eltern und Großeltern als Zuschauer eingeladen werden. „Aber eigentlich ist jeden Tag etwas Besonderes los“, erzählt Silvia Döring.

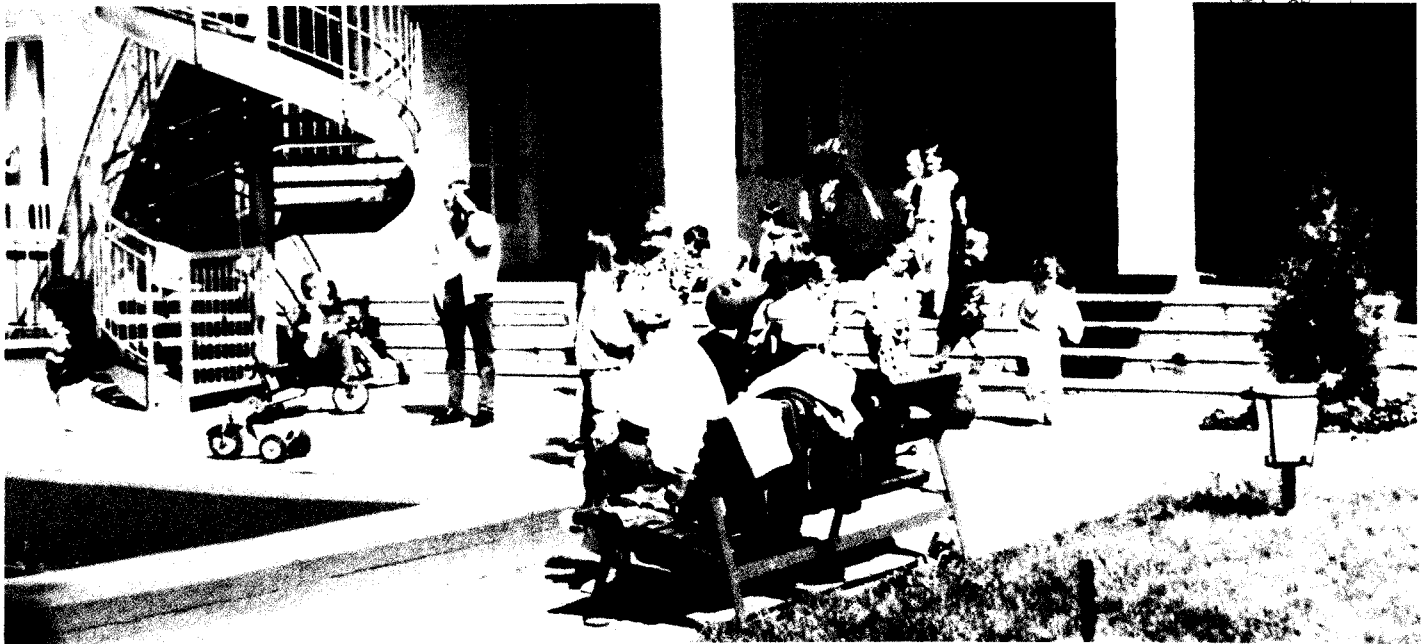
Der SPD Kreisverband bezeichnet das Angebot des Kindergartens als optimal. Geht es nach dem Willen der Partei, soll das bestehende Betreuungsangebot in Sachsen-Anhalt auch angesichts der schwierigen Finanzlage beibehalten werden. Dazu müssen mehr Eltern ohne Arbeit ermutigt werden, ihre Kinder zumindest halbtags zur Betreuung in Kindergärten zu geben. Häufig leben Familien, in denen ein oder beide Elternteile arbeitslos sind, isoliert von der Gesellschaft. Kindergärten können nicht nur für die Kleinen, sondern durch Veranstaltungen und Gespräche auch für Erwachsene ein Ort der Integration sein. Gerade angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ist eine gute Kindergartenabdeckung notwendig. Denn für Frauen mit Kindern ist es noch schwerer, einen Job zu finden. Mütter dürften aber nicht nur in die Rolle der Hausfrau zurückgedrängt werden. Kindergärten könnten die Frauen von dieser Sorge entlasten.



Niels macht sich um ganz andere Dinge Gedanken. Im Spätsommer kommt er in die

Schule. Vorher steht zum Abschied für „die Großen“ eine Nachtwanderung mit anschließender Übernachtung im Knirpsen-

land an. Niels Augen glänzen jetzt schon vor Aufregung.



Mitarbeiter in Reformpaket einbezogen.

20 Die umfassende Verwaltungs-, Funktional- und kommunale Gebietsreform ist eines der großen Vorhaben der Landesregierung von Ministerpräsident Reinhard Höppner für die kommende Wahlperiode. „Die Weichen dazu sind weitgehend gestellt, jetzt geht es darum, die Betroffenen noch mehr einzubeziehen.“ Und genau dafür hat die Landesregierung mit der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Deutschen Beamtenbund (DBB) eine gemeinsame Vereinbarung abgeschlossen. „Die Reformierung und Modernisierung unserer Verwaltung kann nur gelingen, wenn die Beschäftigten direkt in den Umstrukturierungsprozess einbezogen werden und sich durch diesen Prozess nicht in ihrer beruflichen Existenz bedroht fühlen“, ist Höppner überzeugt. Mit modernem Management lassen sich Arbeitsplatzsicherheit für die Beschäftigten und Personalabbau zur Kosteneinsparung durchaus miteinander vereinbaren.

„Eine moderne Verwaltung als effektiver Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger ist auch das Anliegen der Gewerkschaften“, erklärt der ver.di-Landesvorsitzende Jürgen Schenk. „Dabei war es uns aber wichtig, dass der weitere Modernisierungsprozess von den Beschäftigten, Personalvertretungen, Dienst-

stellen und nicht zuletzt den Gewerkschaften mitgetragen und -gestaltet werden kann.“ „Die Mitglieder des DBB sind von der vorgesehenen Verlagerung von Verwaltungsaufgaben von der Ebene diverser Landesbehörden auf die kommunale Ebene besonders betroffen“, meint der DBB-Landesvorsitzende Werner-Eckhard Böhm. „Deshalb ist auch unser Verband froh, eine solche Vereinbarung erreicht zu haben.“

Die Rahmenvereinbarung zwischen Landesregierung und Gewerkschaften bezieht sich auf die rund 14.000 Beschäftigten der allgemeinen Verwaltung, die von der Verwaltungs-, Funktional- und kommunalen Gebietsreform unmittelbar betroffen sind. Damit wird geregelt, ob, und wenn ja, wie die Beschäftigten ihren bisherigen Aufgaben nach deren Verlagerung auf eine andere Ebene oder einen anderen Dienstort nachreisen müssen. Erklären sie sich dazu bereit, sind betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Gleichzeitig sieht die Vereinbarung aber auch die Förderung und Einstellung von Nachwuchskräften vor, um eine Überalterung der Beschäftigten in den Service-Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung zu vermeiden.



Neuverschuldung senken.

„Die Staatsschulden von heute müssen von unseren Kindern und Enkelkindern beglichen werden.“ Für Finanzminister Wolfgang Gerhards und die gesamte SPD-Landesregierung ist die schrittweise Senkung der Neuverschuldung deshalb beschlossene Sache. „Das bedeutet, dass wir für das Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen werden, bei dem wir ohne neue Schulden auskommen.“

Angesichts der wirtschaftlich schwierigen Lage und der damit verbundenen geringeren Steuereinnahmen wird das zwar schwerer werden als ursprünglich angenommen. Dennoch ist die Regierung zuversichtlich, ihr Ziel zu erreichen. Das sei die heutige Generation ihren Kindern und Enkeln einfach schuldig. „Denn für jeden Euro, den wir heute an weiteren Schulden aufnehmen“, so Gerhards, „müssen die nachfolgenden Generationen für Zinsen und Tilgung mit ihren Steuergeldern bezahlen.“



Von links: Jürgen Schenk, Reinhard Höppner, Werner-Eckhard Böhm.

Starke Frauen für unser Land.

Lösungen von der Stange gibt es nicht. Das ist einer der wichtigsten Leitsätze im Leben von Ingrid Häußler. Ein Leitsatz, der ihr half, als sie im Jahr 2000 das Amt der Oberbürgermeisterin von Halle antrat. „Ich habe damals eine Stadt übernommen, die sich auch zehn Jahre nach der Wende noch immer im Strukturwandel befand, einem Prozess, der bis heute anhält“, sagt sie.

Die Finanzen seien alles andere als in Ordnung gewesen, als sie die Führung der Stadt von ihrem CDU-Vorgänger übernahm. „In seiner Zeit ist viel Notwendiges versäumt worden“, beschreibt Häußler das Haushaltsproblem. „Das müssen wir jetzt ausgleichen.“

Viel Hoffnung setzt die SPD-Oberbürgermeisterin der größten Stadt Sachsen-Anhalts auf das Stadtbauprogramm des Bundes. „Auch in Halle haben wir durchaus bedrückende Wohnungsleerstände. Aber das ist eine Chance“, sagt sie. „Gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft, den privaten Vermietern, dem Mieterbund sowie den Ver- und Entsorgern wollen wir jetzt Konzepte entwickeln, wie die Zukunft der Quartiere aussehen kann.“ Aus diesem Grund wollen Wohnungswirtschaft und Stadt mit den Hallensern verstärkt ins Gespräch kommen. Bei diesen Veranstaltungen können Mieter

ihre Vorstellungen einbringen und sich dabei sicher sein, dass die Vertreter der Stadt und der Wohnungswirtschaft ein offenes Ohr für diese Vorstellungen haben. Die sehr durchsetzungsfähige Oberbürgermeisterin hat aber auch noch eine weitere Neuerung in Halle eingeführt. „Jeden ersten Montag im Monat gibt es bei mir eine spezielle Bürgersprechstunde“, sagt sie. „Zwischen 15.00 und 16.00 Uhr stehe ich an diesem Tag insbesondere für die Anliegen des städtischen Nachwuchses zur Verfügung, danach bis 18.00 Uhr für alle anderen Hallenser.“

Ähnliche Aufgaben, nur eben alles eine Spur kleiner und überschaubarer, hat Silke Schindler zu erledigen. Sie ist Bürgermeisterin der Kleinstadt Wanzleben in der Nähe von Magdeburg. Schindler, seit der Wende SPD-Mitglied, – „eine politische Alternative gab und gibt es für mich bis heute nicht“ – hat sich vor allem eines auf die Fahnen geschrieben: „Mein größtes Ziel war es von vornherein, in der Stadt etwas zu verändern und voranzubringen. Ich wollte einfach mitgestalten“, sagt sie zu den Gründen für ihre erste erfolgreiche Kandidatur als Bürgermeisterin im Herbst 1994.

Damit wird Schindler, die ebenso die Verwaltungen und Ämter Wanzlebens und der um-



Silke Schindler, Bürgermeisterin von Wanzleben.

liegenden Gemeinden unter sich hat, ihrer Berufung gerecht – ja, schießt sogar etwas über das Ziel hinaus: Die 39-jährige Mutter zweier Töchter ist gelernte Maschinenbauingenieurin, das Schaffen und Aufbauen habe ihr schon immer gelegen, sagt sie.

Vielleicht hat sie ja gerade deshalb völlig selbstverständlich den Weg in die „Männerdomäne“ Politik gewählt. „Schon beim Studium waren wir nur zwei Mädchen bei 20 Jungs. Dass Frauen in der Politik zahlenmäßig unterlegen sind, das hat mich nie wirklich gestört.“ Wohl aber der Grund dafür: „Es ist leider wahr, viele Frauen verkaufen sich unter Wert und trauen sich eine verantwortungsvolle Position zu selten zu.“

Nicht so Silke Schindler. Sie hat sich von vornherein durchgeboxt. „Die ersten beiden Jahre waren die schlimmsten“, denkt sie an ihre ersten Schritte als Bürgermeisterin zurück. Zu schaffen gemacht hat ihr damals vor allem eines: „Egal, was von unserer Seite vorgeschlagen wurde, es kam ein Kontra von der Gegenpartei.“ Doch diese Anfangszeit ist längst überstanden. Und Schindler steht seither ihre Frau.



Ingrid Häußler, Oberbürgermeisterin von Halle.

Der Burgvoigt von Wanzleben.

22



Friedrich-Wilhelm und Daniel Kühne fühlen sich wohl im Land ihrer Vorfahren.

„Was bewegt Menschen, irgendwohin zu gehen?“, fragt Dr. Friedrich-Wilhelm Kühne, Wissenschaftler und Unternehmer, und liefert die Antwort gleich mit: „Die große Zahl materieller Gründe natürlich, aber auch ganz irrationale Kräfte. Die waren es letztlich, die mich von Heidelberg über Thailand nach Wanzleben in die Magdeburger Börde zurückgebracht haben.“ Der Mann, den manch Wanzlebener inzwischen den „Burgvoigt“ nennt, hat sich Anfang der 90er Jahre der Aufgabe gestellt, die zuvor jahrzehntelang dem Verfall preisgegebene Burganlage der Kleinstadt wieder in einen Ort des Lebens zu verwandeln, an dem etwas passiert. Ein Hotel und eine kleine Forschungsstätte sowie ein Ärztehaus sind seither auf dem Gelände entstanden. Die „irrationalen Kräfte“ sind für Kühne ein großer Antrieb, schließlich erfüllt er damit das Vermächtnis seines Großvaters. Er wollte, dass die Burg über Generationen von der Familie bewirtschaftet und damit erhalten wird. Mindestens genauso wichtig sind für den Unternehmer – „ich weiß, wie Bilanzen zu lesen sind“ – jedoch auch die Standortbedingungen. „Und die sind in Sachsen-Anhalt hervorragend. Es ist bei weitem nicht nur die Familientradition, die mich hier etwas aufbauen lässt.“ Aber auch.

Der Name Kühne ist seit Jahrhunderten eng mit der Stadt Wanzleben und der Magdeburger Börde verbunden. Vielleicht enger, als es viele Einheimische wissen: Bereits am Anfang des 18. Jahrhunderts kaufte ein Kühne das erste Rittergut der Stadt, 1778 pachtete die Familie die Burg und die dazugehörigen Ländereien, damals eine preußische Domäne. Dann hat sie das Anwesen bis zur Bodenreform und Enteignung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gehalten und erfolgreich bewirtschaftet. „Ich habe als Kind noch hier gespielt und mitgearbeitet“, erinnert sich der 60-Jährige, dessen Familie nach der Enteignung nach Heidelberg übersiedelte und der von sich sagt, „im Herzen noch immer ein Preuße“ zu sein.

Die Burg, die mit ihrer über 1.000-jährigen Geschichte einst den Handelsweg zwischen Magdeburg und Halberstadt sicherte, war seit 1945 dem Verfall preisgegeben. Die DDR verweigerte eine Aufnahme in das Denkmalschutzprogramm, die Nutzung durch die örtliche BHG (Bäuerliche Handelsgenossenschaft) und einen Kindergarten sah eine Erhaltung der historischen Bausubstanz nicht vor. Private Initiativen, die Burg zu erhalten, wurden entweder nicht unterstützt oder ganz abgewürgt. Noch heute, nach insgesamt sieben Jahren Umbau, zeugen ein

eingefallenes Dach eines Nebengebäudes und Nässe in manchen Wänden der Burg davon, wie die DDR mit Heimatgeschichte umgegangen ist. Den desolaten Zustand des Ortes zu sehen, an dem seine Familie über Generationen lebte, arbeitete und etwas aufbaute, hat Kühne tief getroffen. 1993 kaufte er das gesamte Anwesen, um es wieder herzurichten. „Damals stand natürlich erst einmal die Überlegung im Vordergrund, was man aus den alten Gemäuern machen kann“, sagt er jetzt: „Um das Anwesen heutzutage wieder landwirtschaftlich zu bewirtschaften, ist es einfach zu groß. Die Unterhaltung könnte sich kein Landwirt leisten“, weiß der Wissenschaftler, der sein Geld mit der Entwicklung moderner Genpräparate verdient. Schließlich zählt die Burg Wanzleben, das „Amt“, wie sie im Volksmund genannt wird, zu den größten Niederflurburgen in Deutschland. „Mit ihrer Geschichte und der Tradition ist sie für ein Hotel ideal geschaffen, war eine meiner ersten Überlegungen.“

Allerdings ist Hotel im klassischen Sinne nicht das richtige Wort, um die heutige Burg zu beschreiben: „Ich hatte einen Ort der Zeremonien im Sinn, an dem Jung und Alt gleichermaßen feiern können“, so Küh-



Die Burg von Wanzleben, seit 1945 dem Verfall preisgegeben, erwacht durch die Initiative der Familie Kühne zu neuem Leben.



Prunkstück der sanierten Burg in Wanzleben ist der „Rote Saal“.

ne. Derzeit sind 16 Zimmer und Suiten in den Gebäuden untergebracht, weitere 16 sind bereits im Bau. Kühne: „Ich habe alles aus eigener Tasche finanziert und das Ganze Stück für Stück herrichten lassen.“ Prunkstück ist sicher der „Rote Saal“, der mehr als 100 Gäste fasst und in dem auch Feierlichkeiten stattfinden, vor allem Hochzeiten,



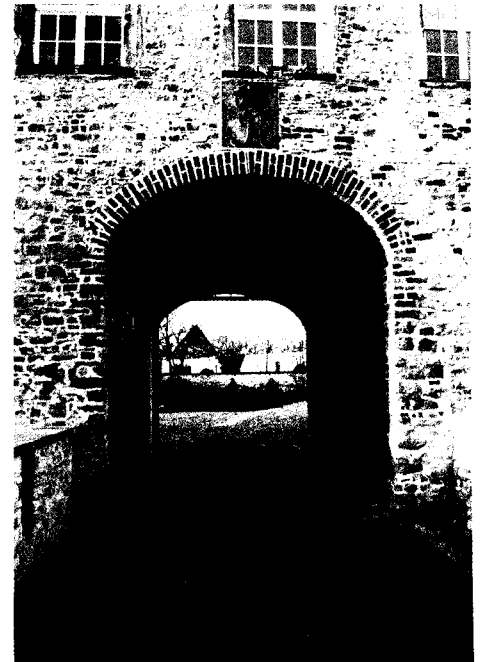
geburtstage, aber auch große Abiturfeiern. „Bis 2004 wird noch ein großer Golfplatz entstehen“, fügt Kühne hinzu.

Ein Golfplatz? Ausgerechnet in Wanzleben? „Ja natürlich in Wanzleben. Wir brauchen Investoren, die richtigen Leute, hier in Sachsen-Anhalt. Und diese Menschen können wir langfristig nur mit der nötigen Portion Extravaganz hierher ziehen und für unser Land begeistern. Dazu gehören eben auch Golfplätze.“ Wenn er von Sachsen-Anhalt spricht, strahlen die Augen des Wissenschaftlers, dessen Unternehmen „OXO Chemie Deutschland“ Zweigstellen in den USA und Thailand unterhält: „Es ist doch schön hier“, sagt er und bei der Frage, was ihn am stärksten mit Sachsen-Anhalt verbindet, kommt die Antwort schnell wie aus einem preußischen Vorderlader seiner Vorfahren geschossen: „Heimat, aber auch die Chance, hier etwas aufzubauen.“

Und das Land Sachsen-Anhalt biete einem Unternehmer dazu „alle Möglichkeiten und ist absolut aufstrebend. Wie haben sich beispielsweise die Städte in den Jahren seit der Wende entwickelt. Nehmen wir nur mal Magdeburg: Was dort alles geschaffen und gebaut wurde, ist einfach unglaublich.“ Kühne will sich da auch ganz persönlich einbringen: „Ich habe Freude daran, die Zukunft

mitzugestalten und dieses Land ein Stückchen vorwärts zu bringen.“

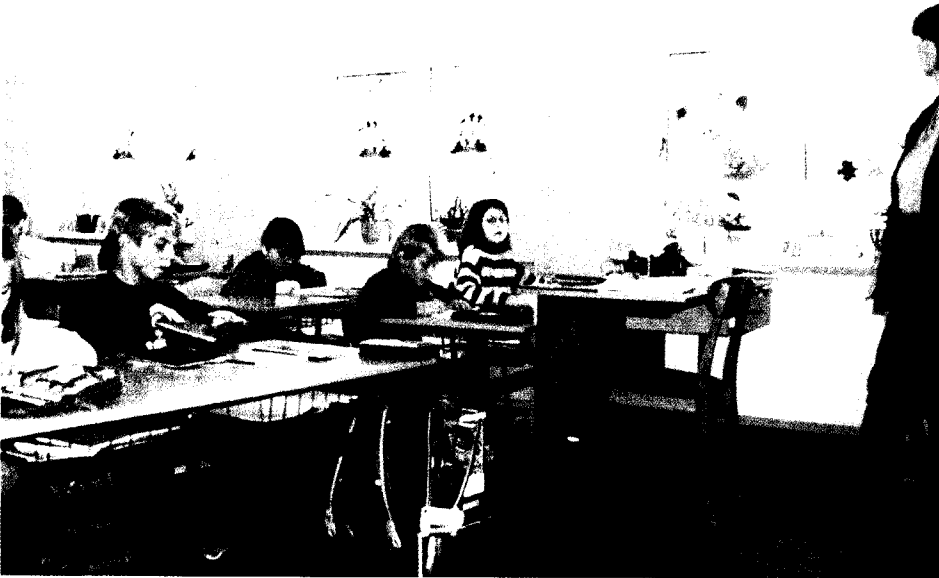
Dabei, ganz Visionär und Entwickler, Forscher eben, denkt er zeitlich in großzügigen Dimensionen, blickt viele Jahre in die Zukunft. „Es kann nicht alles auf einmal gehen, dennoch gibt es hier so viele interessante Investitionsmöglichkeiten: Am meisten muss Sachsen-Anhalt jedoch in die Jugend investieren. Nur wenn wir langfristig die jungen und klugen Köpfe hier halten, wird sich auch etwas entwickeln können.“ Das sei wie bei der Bildung von Kristallen, sagt Kühne, hat sich erst ein Molekül, ein Teilchen, angesetzt, zieht es weitere nach sich, das große Ganze wächst. Kühne will vorleben, was er sagt, was er will und bezieht das nicht nur auf sich, sondern auch auf die ganze Familie. Sohn Daniel ist, sehr zur Freude des Vaters, nach Jahren im Ausland an die alte Heimstätte der Familie zurückgekehrt. Er ist heute Geschäftsführer der Burg und gehört mit seinen 28 Jahren genau zu der Generation, auf die Kühne senior bauen will. Stück für Stück, Stein um Stein.



Stilvoll geht es über eine Brücke mit Zuggitter auf das Burggelände.

Von kleinen Rennfahrern und Globetrottern.

24



Manuela aus Magdeburg teilt das Hobby ihrer Eltern. Sie reist gern, vorzugsweise ins englischsprachige Ausland. „Bislang mussten meine Mama und mein Papa immer übersetzen“, sagt sie. „Aber jetzt lerne ich selbst Englisch.“ Dass Manuela eine Fremdsprache lernt, ist nicht unbedingt selbstverständlich. Denn Manuela ist gerade neun Jahre alt geworden, besucht die dritte Klasse einer Magdeburger Grundschule. Und sie ist richtig stolz auf ihre ersten englischen Sätze: „Nächstes Jahr im Urlaub kann ich schon ohne meine Eltern mit den Leuten reden.“

Auch Erik ist neun Jahre, besucht die dritte Klasse der Grundschule in Kötzschau im Landkreis Merseburg-Querfurt. Schon jetzt ist sein Berufsziel klar umrissen: „Moto-Cross-Weltmeister“, kommt es ihm ganz spontan über die Lippen. Was tatsächlich nicht ganz abwegig ist. Denn Erik saß schon auf einer Cross-Maschine, kaum dass er laufen konnte. Bei den Weltmeisterschaften im thüringischen Schkölen hat er gegen eine leistungsstarke Konkurrenz aus immerhin 22 Nationen einen beachtlichen 13. Platz in der 65-Kubikzentimeter-Klasse eingefahren und sich damit für den Weltcup 2002 in Österreich qualifiziert. Dort startet er dann schon in der 85-Kubikzentimeter-Klasse. „Damit ich mich mit den anderen Fahrern

und ihren Teams unterhalten kann, lerne ich jetzt Englisch.“

Die beiden Kinder sind zumindest in Sachsen-Anhalt keine Ausnahme. „Bereits jetzt steht in 284 Grundschulen des Landes Englisch oder Französisch als Fremdsprache auf dem Stundenplan“, sagt Kultusminister Gerd Harms. Bislang wird der Fremdsprachenunterricht auf freiwilliger Basis in Form von Arbeitsgemeinschaften angeboten. „Aber ab dem Jahr 2005 sollen Fremdsprachen an allen Grundschulen Sachsen-Anhalts ab Klasse drei obligatorisch unterrichtet werden“, so der Minister. So lange möchte man an der Grundschule in Kötzschau nicht mehr warten. Schulleiter Horst Heller hat bereits beantragt, vom nächsten Schuljahr an Englischunterricht als Pflichtfach ab der dritten Klasse einführen zu dürfen.

„Der obligatorische Fremdsprachenunterricht ab der dritten Klasse ist ein weiterer Schritt in unserer umfassenden Grundschulreform“, sagt Harms. Nicht erst die viel diskutierte PISA-Studie, die Deutschlands Schulen so schlechte Noten ausstellt, hat den Anstoß gegeben für eine schrittweise Neuordnung der Grundschulausbildung. „In der Grundschule machen die Kinder ihre ersten schulischen Lernerfahrungen“, sagt Harms. „Diese ersten Erfahrungen prägen ihr gesam-

tes weiteres Lernverhalten.“ Seit drei Jahren wird deshalb die altbekannte Grundschule in Sachsen-Anhalt gründlich umgekrempelt. Dazu gehört in erster Linie die verbindliche Einführung der Grundschule mit festen Öffnungszeiten. „Dieses veränderte pädagogische Konzept versteht Schule nicht mehr ausschließlich als Ort der Wissensvermittlung, sondern auch als Ort, an dem Kinder und Jugendliche selbstständig und mit anderen gemeinsam Wissen erwerben und es sich wirklich auch aneignen, ein Ort, an dem sie lernen lernen“, sagt Harms. „Bei veränderten sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen muss Schule auch ein Ort sein, an dem vielfältige Erfahrungen gemacht werden können, um sowohl Sinne als auch Geist anzuregen, mit Kopf, Herz und Hand zu lernen.“ Mit dem integrierten Angebot von Bildung, Erziehung und Betreuung bei gleichzeitig guten Angeboten im nichtfachlichen Erwerb von Erfahrungen und Erkenntnissen wird für die Kinder der Klassen eins bis vier eine wichtige Voraussetzung für lebenslanges Lernen geschaffen.

Ortswechsel: Grundschule V in Burg. Schon seit 1992 diskutiert das Kollegium gemeinsam mit Schulleiterin Simone Henes die Fra-



ge: Wie können wir Schule anders machen? „Schulanfänger sind heute anders als noch vor zehn oder fünfzehn Jahren“, sagt die Schulleiterin. „Viele sind bereits geübte Konsumenten, sind zugleich selbstbewusst und schüchtern, neugierig und abwartend, spontan und zurückhaltend.“ Viele würden zudem bereits mit gewissen Vorkenntnissen in die Schule kommen. Da gebe es Schüler, die bereits im Alter von sechs oder sieben Jahren souverän den Umgang mit dem Computer beherrschen oder bereits in gewissem Umfang lesen könnten, andere Kinder müsse man erst heranzuführen.

Gerade wegen dieser unterschiedlichen Voraussetzungen, mit denen alle Kinder gleichermaßen stolz ihre Schultüte zur Einschulung tragen, hat das Land einen zweiten grundlegenden Reformschritt für die Grundschule unternommen, die flexible Schuleingangsphase. Bei dieser Schulform, die immer mehr Grundschulen im Land einführen, wird den unterschiedlichen Voraussetzungen der Abc-Schützen am ersten Schultag Rechnung getragen. Für die Schuleingangsphase, also für die ersten beiden Schuljahre, fällt das Korsett gesonderter Klassenstufen weg. Je nach ihren individuellen Voraussetzungen können sich die Kinder in einem bis drei Jahren auf den Übergang in die dritte Klas-

se vorbereiten. „Mit diesem Konzept können auch Kinder eingeschult werden, die derzeit noch wegen angeblich unzureichender Schulfähigkeit zurückgestellt werden“, sagt Kultusminister Harms. „Was nutzt uns die ganze Debatte über eine Verkürzung der Zeit zum Abitur, wenn unsere Kinder bereits bei der Einschulung immer älter sind?“ Schon jetzt betrage das durchschnittliche Einschulungsalter 6,6 Jahre. „Da“, so ist der Minister überzeugt, „müssen wir ansetzen, um so weit, wie es möglich ist, Schulzeit zu verkürzen.“ 25 Grundschulen in Sachsen-Anhalt arbeiten bereits seit zwei Jahren mit dem Konzept der flexiblen Eingangsphase. Wie sie berichten, macht es den Kindern viel Spaß, wenn sie im zweiten Jahr in den Lerngruppen schon „die Großen“ sind und den Schulanfängern hier und da auch selbst beim Lernen helfen können. „Zum Schuljahreswechsel“, so sagt Harms, „wollen zahlreiche weitere Grundschulen das Konzept einführen.“



Abitur flexibler machen.

Den letzten Schultag hatten sie bei Redaktionsschluss schon hinter sich, die letzten Prüfungen noch nicht. 1.055 Abiturienten stellten sich in diesem Frühjahr erstmals einer vorzeitigen Reifeprüfung. Die Landesregierung und die SPD betrachten das Modell 13 K mit dem Abitur bereits nach 12,5 Schuljahren als Modellversuch, der belegen soll, dass sich auch die Lernzeit bis zum Abitur flexibel gestalten lässt. Das gesparte halbe Jahr bis zum Abitur können die Schüler, die an diesem Modellprojekt teilnehmen, für Praktika ebenso nutzen wie für den vorzeitigen Beginn von Wehr- oder Zivildienst. Insgesamt sparen sie beim Übergang in die Universitäten oder Hochschulen in jedem Fall echte Lebenszeit. „Ich halte grundsätzlich viel von der These, dass Lernen seine Zeit benötigt“, sagt Kultusminister Gerd Harms. „Wir können nicht einerseits angesichts der PISA-Studie Defizite unserer schulischen Bildung beklagen und andererseits die Lernzeit generell verkürzen.“ Generell spricht aus Sicht des Ministers aber nichts dagegen, die Gesamtlernzeit flexibler zu gestalten. „Es gibt Schüler, die sind ein wenig langsamer als der Durchschnitt, andere sind schneller im Lernen“, so der Minister. „Durch das Instrument des Sitzenbleibens haben wir bereits eine Flexibilisierung der Schulzeit für lernschwächere Schüler, warum gibt es so eine Flexibilisierung nicht auch für lernstarke Schüler, die schneller als andere die Hochschulreife erwerben könnten?“



Artgerechte Tierhaltung in Sachsen-Anhalt.

26



Kurt Pasewald.

„Bauer zu sein, ist Berufung! Es gehört einfach zur Ehre, bei der Produktion von Nahrungsmitteln kein Schindluder zu treiben“, sagt Landwirt Kurt Pasewald und hebt beschwörend die Hände. Die Agrargenossenschaft „Börde“ in Rottmersleben, deren Vorstandsvorsitzender Pasewald ist, hat seit Jahren eine „gläserne Produktion“. Verbraucher und Geschäftspartner können sich jederzeit über die Fleisch- und Pflanzenproduktion des Betriebs informieren. Mindestens einmal im Jahr findet ein „Tag des offenen Hofes“ statt. Im Sommer 2001 kamen dazu 1.000 Besucher. Zudem haben sich im vergangenen Jahr 25 weitere Gruppen von Schulen, Kindergärten und Medien sowie Geschäftspartnern ein Bild über die Arbeit der Bauern verschafft.

Mit insgesamt 39 Mitarbeitern, mehr als 2.300 Hektar Land und rund 1.800 Tieren gehört die Agrargenossenschaft „Börde“ zu den größeren Landwirtschaftsbetrieben in Sachsen-Anhalt. Seit 1996 wird hier bei der Rinderproduktion ein kontinuierliches und nachweisbares Qualitätsmanagement betrieben. So werden zur Mast nur in Sachsen-Anhalt geborene Kälber eingesetzt. Für jedes

Tier wird ein Kontrollbuch über Abstammung, die weitere Vermarktung sowie jede tierärztliche Behandlung geführt. Die Futtermittel stammen überwiegend aus eigener Produktion. Zudem werden alle Kriterien artgerechter Haltung, wie zu Platz, Fütterung und Tränke, erfüllt.

Im Bereich der Pflanzenproduktion nimmt die Agrargenossenschaft gemeinsam mit 18 anderen Betrieben seit dem Jahr 2000 an einem Pilotprojekt teil, bei dem das gesamte Getreide nach den Normen für die ISO-Zertifizierung angebaut wird. „Wir haben nichts zu verbergen“, sagt Pasewald.

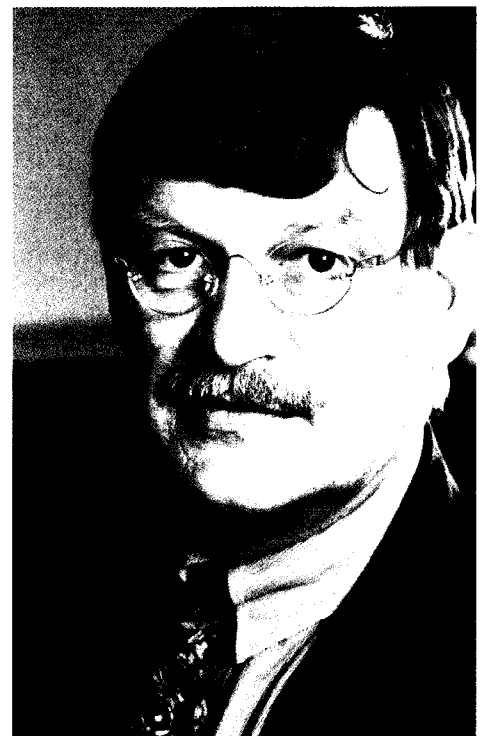
Dank einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit seitens des Agrarministeriums habe sich die Stimmung der Bevölkerung gegenüber der Landwirtschaft wieder versachlicht. „In den Monaten nach BSE und Maul- und Klauenseuche war die Polemik ganz schön groß“, sagt der Landwirt.

Die mit den Tierseuchenskandalen angekündigte Agrarwende hin zum ökologischen Landbau kann Pasewald allerdings nur teilweise gutheißen. Es sei falsch, die konventionelle Landwirtschaft gegenüber der ökologischen zu benachteiligen. So sei das Ziel von Bundesverbraucherministerin Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen), den Marktanteil von ökologisch produzierten Nahrungsmitteln auf mindestens 20 Prozent zu erhöhen, für die Bauern eine Daumenschraube. Angesichts der schwierigeren Rahmenbedingungen könnten Landwirte die dafür nötigen Investitionen nicht finanzieren. Zudem bleibe die Unsicherheit, ob die Verbraucher bereit wären, die damit verbundenen höheren Preise zu zahlen. Bislang sehe es nicht danach aus.

Pasewald begrüßt deshalb, dass Sachsen-Anhalts Landwirtschaftsminister Konrad Keller (SPD) eine moderatere Haltung habe. Keller zufolge darf trotz der geforderten „Agrarwende“ nicht der Eindruck entstehen, dass in der Landwirtschaft bislang alles falsch gelaufen sei. Zwar hält das Land die Ausweitung des ökologischen Landbaus für richtig, allerdings solle kein Bauer dazu gezwungen werden. Die Verbraucher müssten entscheiden, ob mehr Öko-Produkte herge-

stellt werden sollen oder nicht. Ein Alleingang Deutschlands würde zudem die Wettbewerbssituation der Bauern gegenüber ihren europäischen Kollegen verschlechtern.

„Minister Keller setzt sich sachlicher mit der Thematik auseinander“, sagt Pasewald und fügt hinzu: „Er interessiert sich wirklich für die Situation der Bauern vor Ort.“

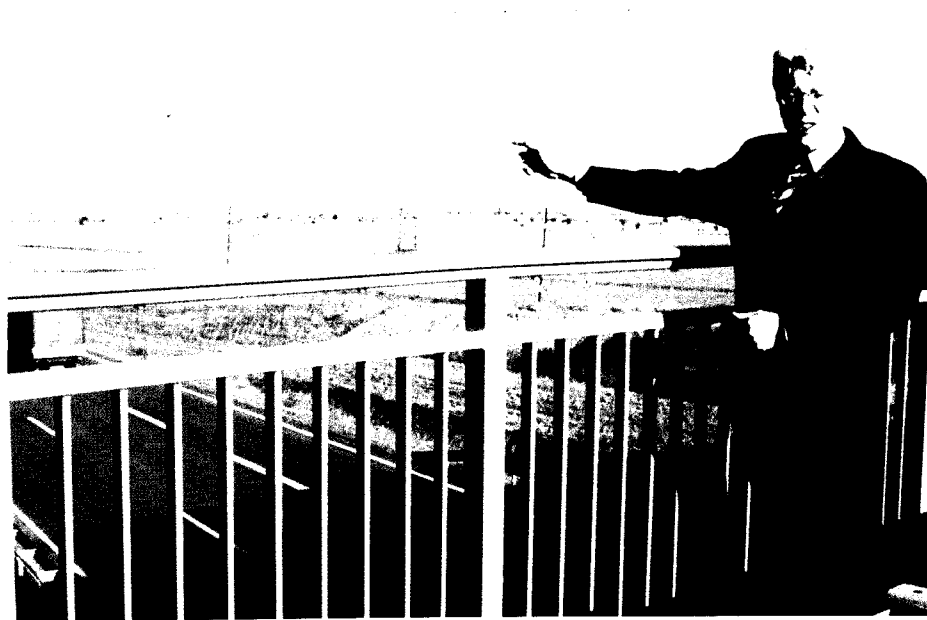
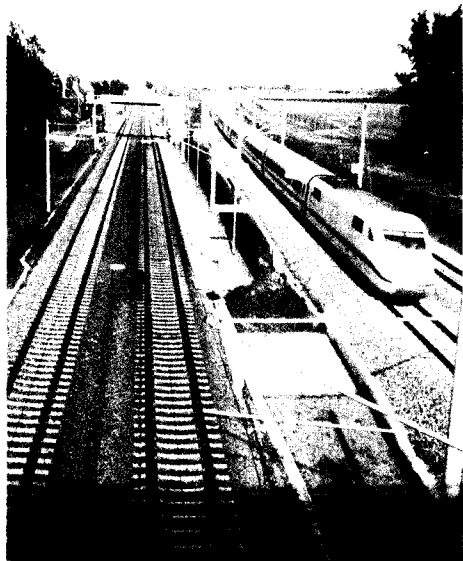


Agrarminister Konrad Keller.

Blauer Himmel über Bernburg.

Aufatmen in Bernburg. Über der Stadt an der Saale strahlt der Himmel wieder in sattem Blau. Jahrelang war dieser Himmel von Autoabgasen verhangen, Bernburg galt Autofahrern im Verlauf der Bundesstraße 71 als Verkörperung des blanken Chaos. Tag und Nacht schoben sich Blechlawinen durch die Stadt, regelmäßig kam der Durchgangsverkehr vollkommen zum Erliegen. „Jetzt kann ich endlich ohne Angst wieder über die Straße gehen“, freut sich Rentnerin Edith Miram. „Früher traute ich mich ja gar nicht mehr zum Bahnhof, der auf der anderen Straßenseite liegt.“ Auch ihre Schlafstörungen hätten deutlich nachgelassen, seit der Durchgangsverkehr zwischen dem Süden und dem Norden Sachsens-Anhalts nicht mehr durch das Nadelöhr Bernburg, sondern über die neue Autobahn A 14 zwischen Halle und Magdeburg rollt. „Mein Leben ist wieder ruhiger geworden, sogar meine Gesundheit ist jetzt deutlich besser“, sagt die Rentnerin. „Diese Autobahn habe ich zwar selbst noch nie gesehen, aber für uns Bernburger ist sie ein wahrer Segen.“

Szenenwechsel: von Bernburg nach Dahlenwarsleben, nördlich von Magdeburg. Von einer Brücke aus zeigt Verkehrsminister



Verkehrsminister Jürgen Heyer an der Autobahnbrücke bei Dahlenwarsleben: Die A 14-Nordverlängerung kommt.

Jürgen Heyer nach unten, dorthin, wo sich die die Autobahntrasse der A 14 plötzlich von vier auf zwei Spuren verjüngt, Autofahrer sich unversehens nicht mehr auf der Autobahn, sondern auf der Bundesstraße 71 befinden. „Hier darf die A 14 nicht zu Ende sein“, bekräftigt er.

Für die Landesregierung sowie für die SPD insgesamt ist die Weiterführung der A 14 in Richtung Norden das wichtigste Verkehrsprojekt des Landes. Nach den Prognosen der Bundesregierung wird der Personenverkehr auf den Straßen bis zum Jahr 2015 um 20 Prozent zunehmen, das Güteraufkommen auf den Straßen wird sich gar verdoppeln. „Bei solchen Prognosen kommt der Nordverlängerung der A 14 große Bedeutung für die nationalen und europäischen Verkehrsströme zu“, sagt Heyer. Der Minister geht davon aus, dass die Bundesregierung schon deutlich vor der Neuformulierung des Bundesverkehrswegeplanes eine politisch bindende Zusage für die Nordverlängerung der A 14 gibt.

Beim Bau von Ortsumgehungen im Verlauf von Bundesstraßen ist Sachsen-Anhalt im Ländervergleich führend. Die Ortsumgehungen, die bereits im Bau sind oder deren Bau in diesem Jahr noch beginnen wird, sum-

mieren sich auf ein Investitionsvolumen von 247 Millionen Euro. Auch im Schienenverkehr ist das Land ein gutes Stück vorangekommen. „Wir haben erfolgreich verhindert, dass die Deutsche Bahn die Interregio-Verbindung zwischen Magdeburg und Berlin einstellt“, sagt Heyer. Alle übrigen Interregio-Strecken werden zu Intercity- oder ICE-Strecken aufgewertet. Damit wird auch die Landeshauptstadt Magdeburg über die Strecke Leipzig–Halle–Magdeburg–Hannover–Köln wieder im 2-Stunden-Takt in den ICE-Verkehr eingebunden.

„Unsere Leistungsbilanz der Infrastrukturentwicklung in unserem Land kann sich sehen lassen“, ist sich die Landesregierung mit der SPD-Fraktion einig. „Aber wir dürfen auch künftig beim Ausbau der Verkehrswege in Sachsen-Anhalt nicht locker lassen, wenn wir unser Land wirtschaftlich weiter voranbringen wollen.“ Denn eine gute Verkehrsinfrastruktur ist unverzichtbar zur Sicherung vorhandener und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Unser Land ist auf einem guten Weg.

Perspektiven für Sachsen-Anhalt 2002–2006.

■ Chancen auf Arbeit für alle.

Wir schaffen mehr Arbeit durch Firmenansiedlungen und wachsende Unternehmen. Dafür haben wir Existenzgründungsprogramme und Investitionsförderung, schnelle Genehmigungsverfahren und gute Rahmenbedingungen. Daher unterstützen wir Qualifizierung und Weiterbildung. Das werden wir im Gespräch mit der Wirtschaft ausbauen und unsere guten Beziehungen zur Bundesregierung und nach Brüssel nutzen.

■ Bestes Klima für Ideen.

Wir haben viele kluge Köpfe, die neue Produkte entwickeln und erfolgreich vermarkten. Unsere Stärken in den Bereichen Bio- und Gentechnologie, Medizintechnik und Automobil, aber auch Medienwirtschaft und Informationstechnologien werden wir ausbauen. Gute Hochschulen und leistungsstarke Forschungsinstitute sind unsere Investitionen in die Zukunft. Dieses Umfeld für die Gründung innovativer Firmen werden wir weiter gezielt fördern.

■ Die Lücke schließen.

Die Voraussetzungen sind geschaffen, auch dank des Einsatzes unserer Landesregierung in Berlin. Der Solidarpakt steht bis 2020. Die Weichen für die europäischen Förderprogramme sind gestellt. Es geht weiter beim Ausbau der Infrastruktur: Straßen und Schienennetz, Krankenhäuser und Pflegeheime, Hochschulen und Schulen. Und auch in puncto Einkommen bleiben wir bei unserem Kurs: gleicher Lohn für gleiche Arbeit in überschaubarer Zeit.

■ Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir organisieren Solidarität: Solidarität zwischen denen, die Arbeit haben, und denen, die arbeitslos sind, zum Beispiel mit dem Programm „Aktiv zur Rente“. Es geht auch um Solidarität zwischen Gesunden und Kranken durch eine gleich gute Gesundheitsbetreuung, unabhängig vom Geldbeutel. Und wir machen eine gute Familienpolitik, damit Kinder nicht zum Armutsrisiko werden. Das sieht man zum Beispiel am steigenden Kindergeld.

■ Gute Ausbildung – sichere Zukunft.

Die Strukturen stehen. Jetzt kommt es darauf an, inhaltlich eine noch bessere Schule

zu machen – eine Herausforderung für Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Lernende. Alle sollen mitmachen, deshalb werden wir die Beteiligungsmöglichkeiten verbessern. Beides muss vermittelt werden: Wissen und Sozialverhalten. Und es gilt weiter: Jeder bekommt einen Ausbildungsplatz und damit eine Chance. Unsere Hochschulen bleiben ein Magnet für junge Leute aus ganz Deutschland und aller Welt.

■ Lebenswerte Städte und Dörfer.

Sie sind schöner geworden, unsere Städte und Dörfer. Das wird weitergehen mit dem Stadtumbau und dem Programm Urban 21, mit Straßenbau und Dorfentwicklung. Aber auch die Kultur werden wir unterstützen: Weltkulturerbe und Theater, Musik und die vielfältige Kultur in den Vereinen. Die Förderung des Sports bleibt Schwerpunkt von Olympia bis zum Fußballverein vor Ort. Dank an die vielen Ehrenamtlichen. Auch sie machen unser Land lebenswerter.

■ Der Kriminalität keine Chance.

Unser Land wird seit Jahren sicherer, dank guter Polizeiarbeit und strenger Gesetze, dank konsequenter Strafverfolgung und vielfältiger Maßnahmen der Vorbeugung. Wir werden dafür sorgen, dass der Trend anhält: abnehmende Kriminalität, steigende Aufklärungsrate. Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit haben bei uns keine Chance.

■ Im Einklang mit der Umwelt.

Wir haben natürliche Schätze von der Elbe bis zum Harz, vom Arendsee bis zum Zeitzer Forst. Die werden wir bewahren in Harmonie mit einer zukunftsstarken Landwirtschaft und umweltverträglichen Industrie. Wasser, Abwasser und Müllbeseitigung zu akzeptablen Preisen sind weiter unser Ziel. Die Orte der Erholung bleiben neben unserer reichen Kultur ein Magnet für den wachsenden Tourismus.

■ Chancen für alle Generationen.

Die Kinderbetreuung bei uns ist bundesweit vorbildlich. Das wird so bleiben. Das ist die beste Familienförderung. Unser Behindertengleichstellungsgesetz setzt Maßstäbe. Wir setzen unsere Aktivitäten für Jugendliche und Senioren fort und sorgen für gleiche

Chancen von Männern und Frauen. Keine Studiengebühren, angemessenes BAföG, sichere Rente, all das ist sozialdemokratisches Programm.

■ Sachsen-Anhalt – für eine gute Zukunft.

Am Aufbau des Landes haben alle mitgewirkt, an den Erfolgen sind alle beteiligt. Das Fundament ist gelegt, den Ausbau werden wir fortsetzen – mit Engagement und Optimismus und solider Haushaltspolitik. Unsere Investitionen werden sich in den nächsten Jahren auszahlen. Sachsen-Anhalt ist auf einem guten Weg. Wir schaffen ein Land, in dem sich die Menschen wohl fühlen können.

Das 20-Punkte-Programm. Wir schicken es Ihnen!

- Ich möchte das Wahlprogramm der SPD Sachsen-Anhalt kostenlos zugeschickt bekommen.
- Ich möchte gern weiteres Informationsmaterial.
- Ich möchte Mitglied der SPD werden.

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und schicken an:

SPD Landesverband Sachsen-Anhalt
Bürgerstraße 1
Postfach 40 46
39014 Magdeburg
Oder Sie rufen uns an: (03 91) 5 36 56-0
E-Mail: LV.Sachsen-Anhalt@spd.de

Sie finden das Wahlprogramm auch im Internet unter www.waehlt-spd.de.

Sachsen-Anhalt

SPD